

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 M. Eintragen in die Postverzeichnisse Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3spalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 2. Fernsprechanstalt 2 28 41 und 2 28 42.

Zum Lohnabbau in der chemischen Industrie.

Chemie-Schlock besteht auf seinem Schein. Er will sein Pfund Fleisch aus der Brust des „armen Teufels“ haben. Und sollte der Delinquent Arbeiter darüber auch zugrunde gehen, schadet nichts. Chemie-Schlock besteht auf seinem Schein. Und selbst wenn Chemie-Schlock seine Verpflichtungen auf Preisabbau nur sehr unzureichend eingehalten hat, er besteht auf seinem von der Regierung erhaltenen Lohnabbau.

Die Kündigungen aus allen Tarifbezirken liegen jetzt vor. Auch die ärmste Gruppe der Chemie, die Iggag-Gruppe, hat jetzt gekündigt. Auch sie will die Pfennige zu ihren Milliarden. Freilich, wer den Pfennig nicht ehrt, ist den Taler nicht wert. Und die Taler fallen bereits in die Beutel der Besitzer von Stammaktien. Die Börsenjobber wissen:

Lohnraub heißt Börsengewinn. Die Farbenaktien gingen sprunghaft in die Höhe.

Schon jetzt wird der zukünftige Lohnabbau verteilt. Mit Lohnpfennigen wird Börsenschacher getrieben.

In der Erwartung auf den aus Lohnraub fließenden Mehrgewinn werden die Aktien weiter hinaufgeleitet. Mit schmaßendem Behagen sucht mancher ehrenwerte Börsenwolf einige Iggag-Papiere zu erwischen, um sie mit Gewinn weiterzuverkaufen. So wird der Lohnraub aufgeteilt. Der größte Brocken allerdings fließt in die diebes- und feuerisierteren Panzerschränke der Chemieindustriellen. Oder ist das nicht wahr?

Dass die Chemieindustriellen nicht gewillt sind, auf „ihren Lohnanteil“ zu verzichten, zeigt die Tatsache, daß bis jetzt alle bezirklichen Verhandlungen gescheitert sind.

Aus dem Hunger der Arbeiterkinder wird ein Handelsobjekt gemacht.

Ist es nicht ein aufreizendes Bewußtsein, daß Firmen einen Lohnabbau fordern, ohne zu wissen, weshalb? Was werden denn die Iggag-Vertreter dem Schlichter erzählen?

In der Nr. 10 des „Proletariats“ haben wir bereits auf die ungeheuerlichen Lantienmen hingewiesen, die von der Iggag an die Aufsichtsratsmitglieder seit Jahren gezahlt werden. Heute fügen wir hinzu, daß es bei allen Iggag-Gründungen ähnlich ist. Dafür ein neues Beispiel: Die J.-G.-Chemie in Basel ist eine reine Holdinggesellschaft, eine Finanzgesellschaft, die Effekten verwaltet und Beteiligungen anderer Gesellschaften betreibt. Es handelt sich also hier um keine Produktionsgesellschaft, es werden keine Werte geschaffen, es wird nur „thesauriert“ (angesammelt).

Die Aufsichtsräte dieser Holdinggesellschaft erhielten im letzten Geschäftsjahr pro Mann 30 300 Schweizer Frank.

Diese Beträge müssen aus den Produktionsstätten herausgeholt werden.

Vielleicht erzählt der Iggag-Vertreter dem Schlichter etwas von der geringen Liquidität des Unternehmens oder von dem drohenden Bankrott der Iggag. Dem wollen wir vorbeugen und versuchen, auf Grund der mangelhaften Veröffentlichung des Geschäftsberichtes über 1929 die glänzende Liquidität der Iggag nachzuweisen.

Bilanz am 31. Dezember 1929.

Aktiva	
Anlagevermögen	
Eigenschaften	82 978 430,16 Mk.
Gebäude und Eisenbahnen	163 991 752,00 Mk.
Apparate und Maschinen	249 036 746,65 Mk.
Beteiligungen und Wertpapiere	288 630 803,08 Mk.
Vorräte	
Rohmaterialien	21 384 735,50 Mk.
Brennstoffe und technische Artikel	47 170 239,67 Mk.
Eigene Erzeugnisse	289 439 794,65 Mk.
Forderungen	
Konzerngesellschaften	90 950 633,55 Mk.
Sonstige	394 928 803,23 Mk.
Kassen- und Wechselbestände	22 622 306,71 Mk.
Bankguthaben	136 834 025,32 Mk.
	1 792 963 270,52 Mk.

Passiva	
Stammaktienkapital	960 000 000,—
ab: nicht weiterbegebene Aktien:	
davon eingezahlt	80 199 700,—
davon nicht eingezahlt	80 452 500,—
	160 652 200,—
Vorzugsaktienkapital Serie A	100 000 000,—
ab: nicht weiterbegebene Aktien:	
davon eingezahlt	25 000 000,—
davon nicht eingezahlt	75 000 000,—
	100 000 000,—
Vorzugsaktienkapital Serie B	40 000 000,—
davon nicht eingezahlt	26 606 250,—
	13 393 750,—
Reserve	200 000 000,—
Wohlfahrtsfonds	
Pensions- und Unterstützungskonto	50 000 000,—
Jubiläumskonto	3 000 000,—
	53 000 000,—
Stiftungen	2 946 782,54

III. Übertrag	
Teilschuldverschreibungen vom Jahre 1928 mit Umtauschrecht in Stammaktien	1 068 688 332,54
ab: davon eingetauscht	250 000 000,—
	293 200,—
Gekündigte Obligationen	249 708 800,—
Unerhobene Dividenden	363 683,95
Unerhobene Anleihezinjen	289 165,14
	288 151,54
Zinsen auf Teilschuldverschreibungen vom Jahre 1928	14 982 408,—
Verbindlichkeiten:	
Banken	31 058 769,94
Konzerngesellschaften	59 170 480,70
Sonstige	237 585 057,26
	327 814 307,90
Vergütung auf Grund des Gesetzes über die Freigabe des deutschen Eigentums in USA	21 068 464,70
Gewinnvortrag aus 1928	5 463 375,60
Reingewinn in 1929	104 597 746,29
	110 061 121,89
	1 792 963 270,52

Die Aktivierte zeigt nur la Werte, die außerdem — soweit Gebäude, Liegenschaften, Vorräte, Waren und dergleichen in Betracht kommen — recht vorsichtig bewertet sind. Die Aktivität ist 300prozentig stärker als die ernsthaft in Frage kommenden Passiven.

Ungefähr rund 600 Millionen Passiven stehen gegenüber 1 1/2 Milliarden guter Werte.

Bei einer solchen Deckung an Lohnabbau zu denken, ist unerhör.

Die Chemieindustriellen mögen wohl fühlen, welche Rolle sie spielen müssen, wenn ihre Vertreter vor dem Schlichter eine Begründung für ihren Lohnabbau geben sollen. Es geht ja nicht an, einfach zu erklären „man hat uns den Lohnabbau versprochen“. So nimmt denn ein W. in der Zeitschrift „Die chemische Industrie“, Nr. 9, vom 28. Februar, Stellung zur Lohnabbaufrage. Der Verfasser wendet sich zuerst gegen die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, weil sie auf Grund des gewöhnlichen Barometers über den Beschäftigungsgrad für die chemische Industrie eine Besserung der Konjunktur anzeige, wenn auch mit Vorbehalt. Das geht dem Verfasser schon zu weit. Tatsache ist doch, daß die Berichte der Iggag für das 3. und 4. Quartal immer noch vorwiegend günstig laufen. Und wenn dann wirklich für einige Produkte ein Rückgang des Umsatzes eintritt, gibt das der Iggag schon ein Recht zum Lohnabbau? Tatsächlich machen sich bereits Anzeichen für eine bessere Konjunktur in der Chemie bemerkbar. Ist diese Annahme nicht richtig, dann fragen wir:

Sind die Kurssteigerungen der Iggag-Aktien auf bessere Konjunkturaussichten oder nur auf den Lohnabbau zurückzuführen?

Ist die Kurssteigerung die Reaktion einer beginnenden Neubelebung der Produktion und des Marktes, dann ist der Lohnabbau im höchsten Maße ungerechtfertigt. Sind jedoch die Kurse gestiegen infolge der Erwartung des Lohnabbaues, dann ist der Lohnabbau ein Extragewinn und tatsächlich als skandalös zu bezeichnen.

W. sagt in seinem Artikel: „In großen Unternehmungen dürfte in absehbarer Zeit die 40-Stunden-Woche die normale Arbeitszeit bilden — obwohl die chemische Industrie alle Veranlassung hätte, zur Steigerung ihres Absatzes die Produktionskosten durch äußerste Rationalisierung des Betriebes herabzusetzen.“

Bestehen etwa die Produktionskosten nur aus Löhnen? Gibt es nicht auch Direktorengehälter, Lantienmen, Dividenden und viele ungenannte und unbekanntes Bezüge, die als Ursache für hohe Produktionskosten in Frage kommen?

Heißt Rationalisierung etwa erhöhte Gewinne? Soviel wir wissen, heißt in unserem Fall Rationalisierung einfach „vernünftige Produktion“. Unter vernünftige Produktion verstehen wir eine solche Produktion, deren Vorteile der Gesamtheit zugute kommen.

Oder gehören die Vorteile des technischen Fortschrittes den Erben eines Verfalls?

W. schreibt zum Schluß: „Die von den chemischen Werken durchgeführten Arbeitsreduzierungen haben den Beweis erbracht, daß ihren Leitern das Interesse der Allgemeinheit und der Arbeiterschaft höher steht als das der Rentabilität.“

Der Herr Verfasser möge uns die Bemerkung nicht ablehnen: Das glauben wir einfach nicht. Das ginge ja auch ganz entschieden zu weit. Weder die Allgemeinheit noch die Arbeiterschaft kann verlangen, daß die chemischen Werke aus reinem Idealismus bankrott machen.

Die Bekanntschaft des Herrn W. kann übrigens die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Chemie nicht schlecht und die Iggag glänzend steht, und trotzdem:

Die Chemiker kämpfen um ihren Lohn

Was der Mensch braucht, das muß er haben, und was der eine mehr braucht, das kann ja der andere entbehren. Und wer schon seit seiner Jugend an Entbehrungen gewöhnt ist, dem fällt das Hungern leichter als dem, der ein solches Gefühl nicht kennengelernt hat.

Die chemische Industrie hat seit Jahren — auch während des Krieges — Hochkonjunktur gehabt. Wenn eine solche Industrie und insbesondere die Iggag trotz der Riesengewinne beim ersten Anzeichen einer etwas weniger glänzenden Konjunktur gleich den Lohnempfängern an den Hals springt, so weiß man wirklich nicht, was man dazu sagen soll. Wenn bei der Iggag über Nacht die Armut kommt, dann wäre es doch angebracht, nach dem Schuldigen zu suchen. Mögen die Aktionäre erst mit einem guten Beispiel vorangehen.

Mögen die Aktionäre der Iggag für 1930 statt 100 Millionen nur 50 Millionen Mark unter sich verteilen.

Mit 250 000 Mark (durchschnittlich) im Jahr muß doch eine Familie leben können. Oder nicht? Dann wäre vor dem Schlichter zu beweisen, daß man einer Familie nicht zumuten könne, mit weniger als 500 000 Mark auszukommen. Es geht auch ganz gut, wenn die Herren Aufsichtsräte einige Jahre auf ihre Lantienmen aus der Iggag verzichten. Dem Geschäft wird sogar die mangelnde Luft nicht schaden. Auch sonst wird noch manches locker zu machen sein.

Professor Schmalenbach, ein aufmerksamer Beobachter, hat einmal allgemein festgestellt:

„Übertriebener Bürokratismus, übermäßige Schwerfälligkeit, stark verteuerte Verwaltung und viel zu hohe Gehälter und Lantienmen leitender Personen findet man bei allen monopolistischen Organisationen. Mit Bedauern muß man feststellen, daß alle diese Unwirtschaftlichkeiten Jahre und Jahrzehnte fortbestehen konnten, weil die reinigende Luft der Konkurrenz fehlte.“

Auch wir haben im „Proletarier“ wiederholt festgestellt, daß die Konkurrenzlosigkeit zu schweren wirtschaftlichen Störungen führt. So weist die chemische Industrie auf den Rückgang des in- und ausländischen Stickstoffabfahes hin. Aber haben nicht Körperschaften, Behörden, Presse wiederholt auf die Hartnäckigkeit des Stickstoffkartells in der Preisfrage hingewiesen? Obwohl längst die geschwächte Kaufkraft der Landwirtschaft feststand, das Stickstoffkartell hielt entgegen allen kaufmännischen Regeln viel zu lange an den zu hohen Preisen fest. Die Folge war Anhäufung von Warenvorräten, Arbeiterentlassungen und damit eine weitere Schwächung der allgemeinen Kaufkraft, die wiederum auch wieder die Landwirtschaft traf. Und für diese Sünden der Kartelle, die wesentlich zur Krisenverschärfung beitrugen, soll die Arbeiterschaft bestraft werden.

Daß unsere Unternehmer das Pferd beim Schwanz aufzäumen,

bestätigen namhafte Wissenschaftler.

Anlässlich der Beratungen des Arbeitslosenausschusses und des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamts lag über die Lohnfrage eine Denkschrift von Professor G. B. S. Cole von der Universität Oxford vor, die zu sehr bemerkenswerten Ergebnissen kommt. Professor Cole bekämpft die Auffassung, wonach die gegenwärtige Krise auf zu hohe Löhne zurückzuführen sei, und erinnert daran, daß gegenwärtig genügend Ware, aber keine ausreichende Kaufkraft vorhanden ist. Angehts des Reichtums an Gütern bedürfe die Welt offenbar einer Erhöhung der Einkommen und nicht einer Senkung.

Der Wunsch, die Löhne herabzusetzen, entspreche einem schlecht verstandenen wirtschaftlichen Rationalismus, der glaube, durch Herabsetzung der Produktionskosten auf Kosten seiner Wettbewerber leben zu können. Da aber die anderen in der Lage seien, das gleiche Spiel zu spielen, würde die Krise dadurch verschärft.

Es dürfe auch nicht vergessen werden, daß die Senkung der Löhne einen unerwünschten Einfluß auf den inneren Markt ausübe, während ihre Wirkung auf den Exportmarkt sehr problematisch sei und vom Verhalten der Konkurrenten abhängige.

In keinem Wirtschaftssystem würde es sich empfehlen, in erster, sondern erst in allerletzter Linie die Produktionskosten durch Lohnabbau zu senken.

Das ist auch unsere Meinung.

Die deutschen Inlandpreise stehen immer noch über den Weltmarktpreisen. Das ist die Frucht der Monopole. Aus dieser Tatsache ergibt sich das Resultat, daß Industrie und Handel in Deutschland einen jährlichen Extraprofit von 1700 Millionen Mark machen. Die Löhne sind bereits um 10 Prozent gesenkt, die Preise um 2 Prozent. Wie kommen wir aus dieser Kalamität heraus? Durch Lohnabbau nicht.

Verzichten müssen endlich einmal die sog. Wirtschaftsführer und ihr Anhang. Sie

Friz Dibjick 25 Jahre Verbandsangestellter.

Fünfundzwanzig Jahre lang im Dienste einer Idee tätig gewesen zu sein, fünfundzwanzig Jahre lang für den Aufstieg und für die Befreiung der Arbeiterschaft gekämpft zu haben, das erfordert einen Idealismus, einen Kampfesgeist und eine Energie, die aufzubringen nicht jedermann gelingt. Um so erfreulicher ist es, daß sich in unserem Verbandsso viele Kollegen finden, die schon ein ganzes Vierteljahrhundert in vorderster Linie für die Interessen der arbeitenden Klassen gekämpft haben. In 're Reihe tritt nun auch Friz Dibjick, der Geschäftsführer unserer Zahlstelle in Bremen.

Friz Dibjick, der im 65. Lebensjahre steht, stammt aus einer Landarbeiterfamilie, lebt aber schon seit fast 60 Jahren in Bremen. Seit mehr als 35 Jahren gehört er unserer Organisation an. Als die Zahlstelle Bremen wuchs und sich ausbreitete, machte sich die Anstellung eines 2. Bevollmächtigten notwendig. Die Wahl fiel auf den Kollegen Dibjick, der sich schon fast 10 Jahre lang rege am Verbandsleben beteiligt und der eifrig für die Organisation gewirkt hatte. Am 12. März 1906 nahm er seine Tätigkeit als Angestellter des Verbandes und der Zahlstelle auf. Die Arbeit eines Verbandsfunktionärs war ja gerade in der Vorkriegszeit nicht leicht, die allseitigen Widerstände gegen die junge, aufstrebende Organisation der Fabrikarbeiter erforderten manche scharfe Auseinandersetzung mit Unternehmern und Seignern aus allen Lagern. Daß es dem Kollegen Dibjick gelang, diese Widerstände zu besiegen, dem Verbands Anerkennung und Geltung zu schaffen und die Zahlstelle Bremen auf ihren heutigen günstigen Stand zu bringen, ist ein Beweis für seine schon erwähnte Energie und seinen unerschütterlichen Idealismus. Zu diesen Erfolgen und zu seinem Jubiläum beglückwünschen wir ihn. Unserem alten Vorkämpfer und Mitarbeiter selbst wird aber der schönste Lohn die Gewißheit sein, fünfundzwanzig Jahre lang seine Kräfte der Arbeiterschaft geweiht zu haben, fünfundzwanzig Jahre lang im Dienste der Menschheit mit Erfolg tätig gewesen zu sein.

Eine traurige Internationale.

Die „roten“ Schlafmützen sind erwacht, nachdem sie von Moskau einen Rippenstoß erhalten haben. Die Fabrikarbeiterinternationale, die bereits eine jahrzehntelange ehrenvolle Vergangenheit hinter sich hat, wird kopiert von Leuten mit etwas Nachahmungstrieb und besessen von Zerstörungswut. Hören wir, was der „Fabrikarbeiter“, die „Reichszeitung“ der revolutionären Chemie-, Papier-, Glas- und Keramarbeiter“, Nr. 2 von Ende Januar 1931, über diese Internationale ohne Mitglieder sagt:

„Erfolgreiche Wendung.“

Auf der 5. Internationalen Konferenz der revolutionären Fabrikarbeiter, die vom 1. bis 5. September 1930 im Anschluß an den 5. RSD.-Kongreß tagte, wurde der Beschluß gefaßt, die Internationale Arbeit um ein bedeutendes zu ver stärken.

Das Internationale Komitee der Fabrikarbeiter (Interkom), das bis zu diesem Zeitpunkt mehr ein agitatorisches und propagandistisches Zentrum für die revolutionären Chemie-, Papier-, Glas- und Keramarbeiter war, soll zum führenden Zentrum der revolutionären Fabrikarbeiterbewegung werden.

Als der Periode der Agitations- und Propagandatätigkeit müssen wir die nächst höhere Stufe erstreben, d. h. die Kampferfahrungen in den Ländern auswerten, den revolutionären Sektionen und Zentren der Fabrikarbeiter helfen, Fehler zu überwinden und eine richtige Massenpolitik zu treiben. Die Aufgabe des Interkoms besteht in der aktiven Hilfe bei der Vorbereitung und Führung der Wirtschaftskämpfe und der Herbeiführung der internationalen Kampfgemeinschaft aller Chemie-, Papier-, Glas- und Keramarbeiter.

Diese Wendung in der Arbeit wurde von der Internationalen Konferenz bezogen. In Verbindung hiermit ergab sich auch die Notwendigkeit, das Sekretariat des Interkoms näher an die Kampffront zu bringen, um eine schnelle und richtige Durchführung der gestellten Fragen zu ermöglichen.

Das Interkom-Sekretariat der Fabrikarbeiter ist nach Deutschland verlegt worden.

Jetzt befindet sich die internationale Führung der Fabrikarbeiter in Berlin, wodurch die Möglichkeit gegeben ist, eine schärfere Verbindung mit den revolutionären Fabrikarbeitern Deutschlands, der Tschechoslowakei, Frankreichs, Norwegens, Englands und allen übrigen europäischen Ländern aufrechtzuerhalten und unerlöschbar sofort helfend einzugreifen.

In der Verlegung des Sekretariats hat die große Wendung zum Ausdruck, die unsere Arbeit nehmen wird.

Das Plenum der internationalen Konferenz hat ein ständiges Sekretariat gebildet, in dem die Gewerkschaften, Deutschland, die Tschechoslowakei, Frankreich und Norwegen mit je einem Gewerkschaftvertreter sind. Zum internationalen Sekretär des Interkoms der Fabrikarbeiter wurde der Genosse Erich Steffen (Deutschland) gewählt.

Die erste ordentliche Sekretariatsführung des Interkoms der Fabrikarbeiter fand am 11. Januar in Berlin statt.

Die Sekretariatsführung beruht über folgende Fragen:

- 1. Berichte und Angelegenheiten der Landessektionen.
- 2. Die Antikriegsstrategie.
- 3. Arbeitsfragen des Sekretariats und Finanzfragen.

Zwischen internationalen Charakter finden wir jetzt bei den Bewegungen der Glasarbeiter.

Die Streiks in Unterfranken und Weichtal in der Tschechoslowakei, die Frankreichs Rolle der Reformisten bei den Kämpfen der tschechoslowakischen Arbeiter findet ihre Fortsetzung in der gegenwärtigen Ausprägung und den Streiks der Glasarbeiter Deutschlands. Die Glasarbeiter Polens und Belgiens stehen in 'ren Kampf, auch sie werden sich dagegen wehren, die Seiten der Kräfte zu wechseln.

Der große Streik der französischen Keramarbeiter, der gegen Ende 1930 mit großer Hartnäckigkeit geführt wurde, hatte die Auslösung vieler anderer Keramarbeiterstreiks in Frankreich zur Folge, und man muß schon, daß die Offensive, die die deutschen Porzellanarbeiter gegen ihre Arbeiter führen, in einem absehbar engen Zusammenhang mit den französischen und tschechoslowakischen Bewegungen steht.

Wir befinden uns erst im Anfangsstadium, am Beginn einer endlosen Reihe von Kämpfen Einzelkämpfern, die aber immer mehr und mehr sich freigen werden zu großen Massenaktionen auf internationaler Basis.

Als eine erfolgreiche Wendung mit Gottes Segnung. Wir befinden uns erst im Anfangsstadium. Ja, das merkt man an der ganzen Aufmachung. Vom 1. bis 5. September 1930 haben die Leute gefaßt. Das muß ja die reinste Wäckererei gewesen sein.

Eine maßlose Frage: Hat Erich Steffen schon einmal eine Zahlstelle geleitet? Nein! Dann ist es kein Wunder, wenn die paar Männerchen — die allerdings nichts Besseres

zu tun haben — vom 1. bis 5. September brauchen, um der Internationale, die noch nicht da ist, eine Leitung zu geben. Schlechter hat Joseph Filzer auch nicht regiert.

Außerdem: Herr Erich Steffen wird in der Geschichte der Arbeiterbewegung in einer Ecke auch einen Platz erhalten als Zerstörer der Arbeiterbewegung, wenn es auch nur beim Versuch bleiben wird.

Der Narr als Streikführer.

Unter der Überschrift „Eine kommunistische Lohnbewegung“ haben wir bereits in der Nr. 10 des „Proletarier“ über eine im Stickstoffwerk Pflasteritz von der RPD „eingeleitete“ Lohnbewegung berichtet. Heute soll noch einiges dazu nachgetragen werden.

Die Werksleitung des Reichswerkes hatte die Erlaubnis bekommen, 523 Personen zu entlassen, weil keine Abzählmöglichkeiten bestehen. Unsere Verbandsvertreter verhandelten mit der Werksleitung und den Regierungsstellen. Das Ergebnis war, daß die Werksleitung in letzter Minute dem Vorschlag unserer Vertreter — Einführung der 40-Stunden-Woche — zustimmte und die Entlassungen zurücknahm. Die RPD machte am selben Tage eine Versammlung mit 80 Werksangehörigen und über 50 Erwerbslosen. In dieser Versammlung wurde mit 80 Personen der Streik beschlossen.

Wer

vernünftig und klug ist, wer ausgeprägtes Pflicht- und Verantwortungsgefühl besitzt, wer vor jeder seiner Handlung deren Folgen abzuschätzen versucht, der

soll

Betriebsrat sein. Ein aufgeregter Narr, ein Phrasendrescher, ein Putschist, ob rechts oder links, ein Raufbold, ein Anhänger der rohen Gewalt kann nicht

Betriebsrat

werden. Er würde seine Mitarbeiter nur ins Unglück führen. „Nicht den Lankesten, sondern den Besten!“ soll unser Wahlspruch

sein.

Die Belegschaft wurde durch die RPD und die Arbeitslosen am Montag mit Gewalt an dem Betreten des Werkes gehindert. Der Behinderung erlagen 230 Personen von zirka 3000. Mittags fehlten bloß noch 120 Personen, der Rest hatte auf Umwegen die Arbeitsstelle aufgesucht. In den beiden anderen Schichten fehlten ungefähr 90 Personen. Die Fabrikeingänge gleichen einem Heerlager. Auf die Haupteingänge waren über 100 Schutzpolizisten, darunter auch berittene, ver teilt. Am Bahnhofseingang schritten zuletzt die Eisenbahn schutzbeamten mit sechs Hundebanden zur Unterstützung der Land jäger ein. Die Werksleitung entließ am anderen Tage 230 Personen, welche bis auf 38 Personen wieder eingestellt sind. Angeblich sind die Betroffenen an dem kritischen Tage krank gewesen. Jetzt streiten die RPD-Helden jede Mitwirkung ab. Der angeschlossene Wolkter hat, als er am Abend merkte, daß die Sache schief ging, sich zur Arbeit gestellt. Die Delegierten vom Hallenser Roten Gewerkschaftskongreß haben sämtlich gearbeitet.

Der Streik hätte nicht besser und nicht dümmere geleitet werden können, wenn Max Holz persönlich die Führung gehabt hätte. Gehören solche „Führer“ nicht in eine Kaltwasserheilanstalt?

Kann man Reallöhne vergleichen?

JAW. Jedem Versuch, wirtschaftliche und insbesondere soziale Zusammenhänge durch Zahlen zu erfassen, ist eine bestimmte Grenze gesetzt. Selbst bei vollkommen gleichen Lebensverhältnissen und gleichem Einkommen werden verschiedene Arbeiter nicht die gleiche „Lebenshaltung“ aufweisen, weil ihre subjektiven Bedürfnisse verschieden sind. Diese Mannigfaltigkeit des Lebens in Zahlen zutreffend zu erfassen, ist unmöglich, wenn man nicht eine bestimmte Schematisierung vornimmt. So lagen z. B. unter „Kultureller Bedarf“ der Meßziffer der Lebenshaltungskosten in Deutschland die Kosten für monatlich eine Tageszeitung, sechs Bleistifte, vier Kinokarten, vier Reklamhefte zugrunde. In Wirklichkeit wird es kaum eine Familie geben, die diesen „kulturellen Bedarf“ tatsächlich hat. Es ist auch von den Gewerkschaften gelegentlich darauf hingewiesen worden, daß große Schichten der deutschen Arbeiterschaft die der Meßziffer der Lebenshaltungskosten zugrunde legenden Mengen überhaupt nicht kaufen können. Trotzdem stellen diese Meßziffern einen brauchbaren Maßstab für die Lebenshaltung dar.

Alle diese Schwierigkeiten werden noch größer, wenn man den Reallohn in verschiedenen Ländern zu ermitteln versucht. Die Höhe des Nominallohnes sagt über die Lebenshaltung nichts aus, wenn man ihn nicht zur Kaufkraft in Beziehung setzt. Genau genommen gibt es aber keine Lebenshaltung der Völker oder großer Bevölkerungsschichten, sondern nur „Lebenshaltungen“ vieler Einzelpersonen. Bis zum Kern des Reallohnes, dem subjektiven Wert des Lohnes für den einzelnen, wird man statistisch nicht vordringen können, ein Mangel, den die Reallohnstatistik des Internationalen Arbeitsamts mit allen denartigen Versuchen teilt.

Die Reallohnstatistik des Internationalen Arbeitsamts hat schon seit einer Reihe von Jahren versucht, vergleichbare Angaben über die Höhe der Reallohne in verschiedenen Ländern zu ermitteln. Das Amt stützt sich dabei auf die amtlichen Angaben der einzelnen Länder, die jedoch nicht auf einheitlicher Grundlage errechnet sind. Das Verfahren besteht darin, daß es eine bestimmte theoretische Lebensmittelmenge, einen sogenannten internationalen Haushaltsplan, aufstellt und damit die Gütermenge ermittelt, die ein Arbeiter mit seinem Lohn

kaufen kann. Außer Lebensmitteln werden Beleuchtung, Heizung und Seife berücksichtigt. Die berechneten Zahlen geben an, wievielmals in den einzelnen Ländern ein Arbeiter die Gütermenge des internationalen Haushaltsplanes mit seinem Lohn kaufen kann bzw. wie lange er arbeiten muß, um die Kosten für diese Gütermenge aufzubringen.

Vom Standpunkt der Gütererzeugung ist es sehr wichtig, was der Arbeiter als Gegenwert in der bestimmten Zeiteinheit leistet, die er für die Aufbringung der Kosten für den internationalen Haushaltsplan braucht, da bei hoher Leistung auch ein höherer Lohn gezahlt werden kann. Für die Kaufkraft des Arbeiterlohnes hat dieser Umstand aber nur eine bedingte Bedeutung. Aus der mit dem Problem der Reallohnberechnung schon gegebenen Begrenzung folgt auch, daß die Reallohnvergleiche des Internationalen Arbeitsamts den Lohn nicht als Kostenfaktor, sondern nur als Lebenshaltungsfaktor betrachten. Wenn die Statistiken des Internationalen Arbeitsamts daher von außereuropäischen Ländern dazu benutzt worden sind, gegen Europa den Vorwurf des Lohndumpings zu erheben, so wird dabei aus den Statistiken etwas herausgelesen, was ihrer Natur nach nicht in ihnen enthalten sein kann.

Die gemachten Versuche, die Methoden der Lohnstatistik in den einzelnen Ländern zu vereinheitlichen, haben bisher noch wenig Erfolg gehabt. So kommt es, daß die Löhne dem Internationalen Arbeitsamt in verschiedener Form mitgeteilt werden. Für Deutschland stehen Tariflöhne, für Großbritannien Standardlohnsätze, für die Vereinigten Staaten von den Gewerkschaften vereinbarte Lohnsätze und für Dänemark und Schweden tatsächliche Verdienste zur Verfügung. Ein Reallohnvergleich würde um so zutreffender sein, je genauer man die tatsächlichen Verdienste kennen würde. Es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn die Differenz zwischen den tatsächlichen Verdiensten und den Tariflöhnen von Land zu Land und von Industrie zu Industrie bekannt wäre. Da dies bisher nicht der Fall ist, wird in den Statistiken des Internationalen Arbeitsamts deutlich zwischen solchen Meßziffern unterschieden, die aus Lohnsätzen, und solchen, die aus Verdiensten errechnet sind.

Unter gewissen Einschränkungen ist eine Berechnung internationaler Reallohne genau so, wenn auch etwas schwieriger, möglich wie eine Ermittlung der Lebenshaltungskosten innerhalb eines bestimmten Landes. Jede Vervollkommnung der Lohnstatistiken in den einzelnen Ländern ist für internationale Vergleiche von großer Bedeutung. Da die Bedeutung brauchbarer Lohnstatistiken bei der wachsenden Verflechtung der Volkswirtschaften untereinander wächst, wird das Internationale Arbeitsamt alles daran setzen, um möglichst brauchbare und vergleichbare Angaben zu ermitteln. Infolgedessen hat sein Verwaltungsrat auf seiner letzten Tagung bei Behandlung der Reallohnstatistik mit 17 gegen eine Stimme beschlossen, diese Berechnungen fortzusetzen und das Verfahren weiter zu verbessern. Aber selbst beim besten Berechnungsverfahren wird man immer die psychischen und kulturellen Unterschiede der einzelnen Völker bei einem Vergleich berücksichtigen müssen, um aus nackten Zahlen die richtigen Schlüsse auf die Mannigfaltigkeit des Lebens ziehen zu können.

Ein Jahr Invalidenunterstützung.

Die Invalidenunterstützung, der neueste Unterstützungszweig unseres Verbandes, ist nun ein Jahr in Wirkung und gestattet jetzt einen Überblick, aus dem Schlussfolgerungen gezogen und zu einem Urteil über die gewerkschaftliche Zweckmäßigkeit und die soziale Bedeutung dieser Einrichtung geformt werden können.

Wenn auch anfänglich bei den Diskussionen über die Anträge auf Einführung dieser Unterstützung viele Bedenken und Einwände geltend gemacht wurden, gewannen die Befürwortungen doch immer mehr das Übergewicht, und der Verbandstag in Hamburg 1928 beschloß die Einführung vom 1. Januar 1930 an gegen 11 Stimmen.

Als wichtigstes Argument gegen die Einführung der Invalidenunterstützung wurde angeführt, es sei Pflicht des Staates und nicht Aufgabe der Gewerkschaften, die Invaliden in ausreichendem Maße zu unterstützen. Die sozialen Leistungen der Gewerkschaften böten dem Staate nur willkommene Gelegenheit, sich von seiner Verpflichtung freizuhalten. Die Erfahrungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik in letzter Zeit dürften auch viele dieser Verneiner der Sozialunterstützungen durch die Gewerkschaften davon überzeugt haben, daß ein weiterer Ausbau der Sozialgesetzgebung auf starke Hindernisse stößt. Es muß jetzt zunächst zur Verteidigung der bestehenden Sozialgesetze viel Kraft aufgebracht werden, und die Aussichten zur wesentlichen Verbesserung der Invalidenversicherung sind für absehbare Zeit gering. Für den Rahmen dieser Abhandlung genügt es, darauf hinzuweisen, daß die von den Gewerkschaften an ihre Mitglieder gewährten Unterstützungen noch nie und auch jetzt nicht als eine Erschwerung beim Ausbau der Sozialgesetzgebung wirkten. Es kann vielmehr festgestellt werden: Gerade durch das Drängen der Gewerkschaften und durch ihre vorbildlichen sozialen Leistungen wurde die Sozialgesetzgebung vorwärtsgetrieben und gestützt.

Wie stark in den Kreisen der freien Gewerkschaften die Notwendigkeit empfunden worden ist, die invaliden Mitglieder durch den Verband ständig zu unterstützen, ist daraus zu ersehen, daß von den 30 freigewerkschaftlichen Organisationen bereits 22 mit einer Mitgliederzahl von über 4 1/2 Millionen die Invalidenunterstützung eingeführt haben. In den Genuss der Invalidenunterstützung in unserem Verband kamen im Verlaufe des ersten Jahres

13 184 Mitglieder.

Gestorben sind davon inzwischen etwas über 500. Die monatliche Gesamtaufwendung für unsere Invaliden übersteigt 130 000 Mark.

Auf jedes invalide Mitglied entfällt im Durchschnitt ein monatlicher Unterstützungssatz von etwa 10 Mark.

Die Tendenz ist in allen Punkten aufsteigend. Die Zahl der zu unterstützenden Invaliden nimmt ständig zu und auch der je Kopf entfallende Durchschnittsunterstützungssatz wird

immer höher. Beides führt zu einem immer weiteren Anwachsen der monatlich aufzuwendenden Unterstützungssumme. Unser Verbandsstatut sieht in v a l d e n Unterstützung „Infolge Alters oder Krankheit oder durch Unfall“ vor. Voraussetzung für den Anspruch ist also die Invalidität und nicht ohne weiteres auch das Alter. Mitglieder, die in Anbetracht ihres Alters von 65 Jahren von der Landesversicherungsanstalt Invalidenrente angewiesen erhalten, also sog. Altersrentner, gelten nach unserem Statut nicht ohne weiteres als Invaliden. Sie werden erst dann im Sinne des Statuts als Invaliden anerkannt, wenn sie auch tatsächlich invalid sind, d. h. wenn sie infolge des Alters aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden müssen oder nur noch bis zu einem Drittel des üblichen Verdienstes erreichen. Rationalisierung und Krise haben dazu geführt, daß viele alte Mitglieder früher und in größerer Anzahl als sonst ihre Arbeitsstelle verloren. Dieser Vorgang trifft auch jetzt und bestimmt sich noch in fernerer Zeit in Erscheinung. Dadurch wird die Zahl der vom Verband zu unterstützenden Invaliden stark erhöht.

Wohl bei den neu hinzukommenden Invaliden meistens höhere Beiträge zur Unterstützungsberechnung in Frage kommen, ergeben sich im allgemeinen höhere Unterstützungssätze. Dadurch erhöht sich der monatlich je Kopf einfallende Unterstützungssatz. Ende Juni 1930 war der monatliche Durchschnittsbetrag 9,40 Mk. und Ende Dezember bereits über 10 Mk.

Durch die Unterstützung seiner invaliden Mitglieder hat unser Verband im ersten Jahre seit Einführung dieser Unterstützung viel mehr geleistet, als vorher berechnet und vermutet wurde. Die Zahl der unterstützten Invaliden übersteigt die vorhergehende Annahme erheblich. Die Absicht und Zusage, durch diese Unterstützung bei den invaliden Mitgliedern und Verbandskollegen Not und Sorge zu vermindern, hat der Verband reichlich eingelöst. In Anbetracht der schweren Wirtschaftskrise gewinnt diese Leistung des Verbandes noch besondere Bedeutung. Trotz verringerter Einnahmen und großer Aufwendungen für unsere Arbeitslosen diese neu übernommene Leistung! Dieser Akt richtig angewandter gegenseitiger Hilfe ist ein neuer wichtiger Beweis für die finanzielle Kraft und Leistungsfähigkeit unseres Verbandes.

Von der Einführung der Invalidenunterstützung wurde auch eine Minderung der Mitgliederfluktuation, eine noch festere Anlehnung der einzelnen an den Verband erwartet. Diese Erwartung hat sich auch erfüllt. Während bei früheren Krisen die Gewerkschaft mit Verlusten bis zu 25 Prozent und auch mehr zu rechnen hatten, brauchen wir bei der jetzigen, besonders schweren und lang anhaltenden Krise nur zirka 8 Prozent Rückgang bei unserem Verband festzustellen. Bestimmt hat die Invalidenunterstützung ein gut Teil zu dieser Besserung beigetragen.

Aufgabe des 1931 stattfindenden Verbandstages ist es, nachzuprüfen, ob und wie die gemachten Erfahrungen mit den vorhergehenden Berechnungen und den gehegten Erwartungen übereinstimmen. Damit hängt aber auch zusammen die Prüfung, ob und welche Maßnahmen zur Sicherung der Grundlage der Invalidenunterstützung getroffen werden müssen.

A. Karl.

Bevölkerung und Arbeitslosigkeit.

Im Rahmen seiner Untersuchungen über die internationalen Ursachen der Arbeitslosigkeit hat das Internationale Arbeitsamt seinem Arbeitslosenausschuß auch eine Denkschrift von Prof. Hersch über Bevölkerung und Arbeitslosigkeit vorgelegt. Diese Denkschrift ist deshalb von besonderem Interesse, weil nicht zuletzt auch in den Kreisen der Arbeiterschaft die Auffassung vertreten ist, eine Geburtenbeschränkung sei geeignet, künftigen Arbeitslosenkrisen vorzubeugen. In der Tat hat die rasche Bevölkerungsentwicklung in der Welt und insbesondere in Europa da und dort zu der bange Frage Anlaß gegeben, ob die Reichtümer der Welt ausreichen, die Bedürfnisse einer ständig wachsenden Bevölkerung zu befriedigen. Im 19. Jahrhundert hat sich die europäische Bevölkerung von 200 auf 400 Millionen erhöht. Dabei sind noch nicht die zahlreichen Auswanderer berücksichtigt, die mit ihrer Nachkommenschaft die überseeischen Kontinente bevölkerten. Im Jahre 1910 überschritt die Bevölkerungszahl Europas bereits 447 Millionen. Trotz des Weltkrieges, der in Europa Menschenverluste von 24 Millionen forderte, belief sich die Zahl der europäischen Bevölkerung im Jahre 1920 auf 450 Millionen. Sie dürfte im Jahre 1930 die Grenze einer halben Milliarde erreicht haben. So wird binnen kurzem die Bevölkerungszahl Europas sich gegenüber der Bevölkerung vom Jahre 1800 verdreifacht haben.

Inwieweit hat nun diese Entwicklung der Arbeitslosigkeit den Boden bereitet? Nehmen wir die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Niemand wird behaupten können, daß eine Überbevölkerung dieses reichen Landes dort die Ursache der katastrophalen Arbeitslosigkeit ist. Noch weniger kann von einer Überbevölkerung Australiens oder Neuseelands geredet werden. Länder, die auch von der Arbeitslosigkeit nicht verschont wurden. Andererseits kann festgestellt werden, daß gerade in den Ländern, in denen sich eine wachsende Arbeitslosigkeit sichtbar macht, die Bevölkerungsbewegung eine sinkende Tendenz aufweist. Man darf auch nicht vergessen, daß der Mensch nicht nur als Arbeitnehmer auf dem Markte erscheint, sondern gleichzeitig auch Verbraucher ist. Soweit die Bevölkerungszahl an sich als Faktor der Arbeitslosigkeit in Frage kommt, ist nicht ihre absolute Höhe maßgebend, sondern die Verteilung der Arbeitskräfte. Reiche und dünn besiedelte Länder schließen sich künstlich gegen die Einwanderung ab, und diese Einwanderungsbeschränkungen oder gar Einwanderungsverbote gehören mit zu jenen schädlichen Maßnahmen der Weltpolitik, die sich leider nicht nur auf die Bevölkerungsbewegung beschränken, sondern neben die unsinnige Zollpolitik, die ungleichmäßige Kapitalverteilung und alle anderen Maßnahmen gesetzt werden müssen, die sich für die Welt so nachteilig auswirken. Selbstverständlich kann die heutige Arbeitslosigkeit nicht durch Aufhebung der Einwanderungsbeschränkungen, zu denen die Einwanderungs-

länder noch nicht einmal bereit wären, befristet werden. Aber die Freizügigkeit der Menschen wird in der künftigen Weltpolitik eine der notwendigsten Maßnahmen sein, um solche Krisen wie die gegenwärtige zu verhüten. Allerdings hat die Freizügigkeit nur dann einen Sinn, wenn die Einwanderer nicht als Lohndrücker der heimischen Arbeiter erscheinen, sondern als organisierte Kollegen, die bereit sind, mit den Einheimischen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen. Von welcher Seite auch die Arbeitslosigkeit betrachtet wird: immer klarer tritt die Erkenntnis in Erscheinung, daß zahlreiche Maßnahmen wirtschaftlicher und sozialer Art in internationalem Ausmaß zusammenwirken müssen, um eine gerechte Verteilung des immer größer werdenden Reichtums und damit Brot und Arbeit für alle zu schaffen.

Das schlechende Gift der Werkzeitungen.

Nach einem Artikel der „Bergwerks-Zeitung“ Nr. 14 gehört die Erhaltung der Werkzeitungen zu den ersten Sorgen der Industrie. „Sie ist ja ein unerlässliches Verteidigungsmittel in ihrem Kampf ums Dasein, ebenso unentbehrlich wie dem Schiffer sein Ruder, das er auch in Seenot nicht als Ballast über Bord wirft.“ Diese Worte besagen genug. Doch hören wir weiter:

Den

Kampf der KPD. gegen die Gewerkschaften nutzen die Unternehmer für sich aus. Die KPD. stößt auch jetzt wieder bei den Betriebsrätewahlen den Gewerkschaften den

Dolch

in den Rücken. Der Dolch heißt KPD. Wer die KPD. unterstützt, materiell durch Beiträge oder ideell,

der

will die Zerstörung der Gewerkschaften, wenn er das auch leugnet. Wir glauben ihm nicht, weil seine Taten gegen seine Worte zeugen. Die

KPD.

lebt von der Spaltung und der Zerstörung der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung überhaupt. Niemand kann

im

Ernst Gewerkschaften aufbauen und zerstören zugleich. Diese traurige Rolle spielen aber solche Gewerkschaftler, die gleichzeitig die KPD. fördern. Mit der KPD., mit der KPD. stoßen sie der Arbeiterbewegung den Dolch in den

Rücken.

„Unvermerkt weben sie ein Band, das alle im Werk umschließt, fördern sie Arbeitsfreude und Berufsstolz und begreifen damit der Gefahr einer Entpersönlichung, der Abstumpfung und der Vermassung. Natürlicher können sie nicht mit einem Male die Scheidewände niederlegen, die Irrlehren und Vorurteile in Jahrzehnten aufgeführt haben, aber unermüdlich und unverdrossen klopfen sie dagegen, schlagen ein Loch nach dem anderen. Es ist kluge, beharrliche Arbeit auf lange Sicht, die sie in liebevoller Hingabe leisten und die von feinstem psychologischem Verständnis zeugt; sie wäre nicht möglich ohne eine zentrale Leitung, die das gesamte Erfahrungsmaterial überschauf und es zum Nutzen der einzelnen Blätter auswertet. So dienen die Werkzeitungen zugleich den Arbeitnehmern und den Unternehmern unter dem verbindenden Gedanken der Werks- und Volksgemeinschaft, und das ist es, was ihnen ihre eigenartige Bedeutung verleiht. Man kann getrost behaupten, daß heute ein industrielles Großunternehmen ohne Werkzeitung kaum mehr vorstellbar ist.“

Es ist nicht notwendig, diesen Worten Erläuterungen beizufügen. Eine große Gefahr sind die Werkzeitungen und können es noch mehr werden. Man suche die Weiterverbreitung dieses Schleichgiftes zu hindern, wo man nur dazu in der Lage ist. Wenn gegen die Gewerkschaften wurden sie in erster Linie geschaffen.

Entschädigung von Arbeitern und Angestellten bei Betriebsübergang oder Betriebsauschlachtung.

Um den Missetänden zu steuern, die sich für Arbeiter und Angestellte aus der Fusionierung, Konzernierung und Vertuschung mit ihren Stützungen ergeben, haben die Gewerkschaften einen Gesetzentwurf vorbereitet. Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat den Gesetzentwurf am 3. Februar 1931 als Initiativantrag Nr. 635 im Reichstag eingebracht. Für die Arbeiterklasse selbst ist jedoch dieses Vorhaben der Gewerkschaften zur Wahrnehmung berechtigter Arbeiterinteressen ein erneuter Anlaß, alle Kräfte einzusetzen, um die Macht der Gewerkschaften zu stärken.

Nachstehend der Wortlaut des Gesetzentwurfs:

§ 1.

Die folgenden Bestimmungen gelten für den Fall, daß ein Gewerbe- oder Handels- oder öffentlicher Betrieb oder eine selbstständige Abteilung eines solchen, vorausgesetzt, daß darin seit dem 1. Juli 1930 mehr als 20 Personen beschäftigt waren, von einem neuen Arbeitgeber übernommen oder ganz oder teilweise stillgelegt wird, während das damit verbundene Recht auf Erzeugung, was es quotenmäßig oder in einer Beteiligungsziffer oder sonstwie festgelegt sein, oder seine Aufträge oder seine Kundschaft auf einen anderen Arbeitgeber übergehen.

§ 2.

Werden im Falle des Paragraphen 1 Angestellte oder Arbeiter entlassen, so haben sie, unbeschadet anderer Rechtsansprüche, einen Anspruch auf Entschädigung.

§ 3.

Für die Entschädigung haftet der Arbeitgeber, aus dessen Diensten der Angestellte oder Arbeiter im Falle des Paragraphen 1 ausgeschieden ist. Neben ihn tritt als Gesamtschuldner derjenige, dem der Betrieb, die selbstständige Betriebsabteilung oder Betriebsrechte im Sinne des Paragraphen 1 übertragen sind.

§ 4.

Die Entschädigung beträgt für die ersten 13 Wochen 80 v. H. des Verdienstes, den der Berechtigte nach dem Durchschnitt der letzten vier vollen Arbeitswochen vor der Betriebsauschlachtung oder dem Betriebsübergang erzielt hatte; in den zweiten 13 Wochen 60 v. H. dieses Verdienstes.

Während dieser Zeit erzielter anderweitiger Verdienst ist auf die zu zahlende Entschädigung zur Hälfte anzurechnen.

§ 5.

Der Paragraph 113 Abs. 1 Ziffer 3, Abs. 2 und Abs. 3 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung findet entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß die Entschädigung in Höhe von 80 bzw. 60 v. H. des Verdienstes gleichzeitig die Höhe eines Tagesverdienstes bildet, das der Arbeitstaje für die in seiner Arbeitsstätte übliche Zahl von Arbeitsstunden beziehen würde, wenn er aus seiner Arbeitsstelle nicht ausgeschieden wäre.

§ 6.

Für die Geltendmachung von Ansprüchen aus diesem Gesetz sind die Arbeitsgerichtsbehörden zuständig.

§ 7.

Durch Verfügung des Vorsitzenden des Arbeitsgerichts kann den gemäß Paragraph 3 Verpflichteten eine Sicherheitsleistung in Höhe der Forderungen der Berechtigten auferlegt werden. Hiergegen findet kein Rechtsmittel statt.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

• Vom revolutionären Parolenhauer.

„Kollegen, reißt die Mauer nieder, die die Gewerkschaftsbürokratie zwischen den Organisierten und Unorganisierten errichtet hat! Betriebsleiter, Erwerbslose, Heimarbeiterinnen, Hausangestellte, schließt euch der KPD. an! Kämpft mit der KPD. für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!“

Wie ein Mensch aussieht, der solchen Unsinns schreibt? Uffig sieht er aus, einerlei ob er ernst oder heiter ist. Wenn ihm nichts einfällt, singt er: „Stumpfsinn, Stumpfsinn, du mein Vergnügen.“ Sein Unwesen treibt er in der KPD.-Zeitung „Der Rote Beobachter von Geithain“. Speziell der hier zitierte Unsinns ist nachzulesen in der Nr. 4 vom Dezember 1930.

Vorsicht vor KPD.-Spitzel!

In der Mitgliederversammlung der Branche der Mechaniker im Deutschen Metallarbeiterverband im Gewerkschaftshaus in Berlin am 24. Februar hielt Gen. Arons vom ADGB. einen Vortrag über die Wirtschaftskrise und deren Bedeutung. In der Diskussion sprach ein angeblicher Mechaniker Schwarz, vielmehr er schimpfte in der anstößigsten Weise. Am Schluß seiner Schimpferei forderte er zum Eintritt in die KPD. auf.

Durch die Branchenkommission gestellt und nach seinem Mitgliedsbuch gefragt, gab er schließlich ein Mitgliedsbuch auf den Namen Kurt Neumann ab. Dieser angebliche Schwarz-Neumann war also ein Spitzel der KPD. In rasender Flucht verließ er das Gewerkschaftshaus, um der Feststellung seines wahren Namens zu entgehen. Das nennt man in der KPD. „revolutionäre Klassenkämpfer“.

Wirtschaftliches.

Arbeitslosigkeit und Lohn.

IAW. Anlaßlich der Beratungen des Arbeitslosen-Ausschusses und des Verhandlungsrates des Internationalen Arbeitsamts über die Frage der Arbeitslosigkeit konnten angesichts der Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern Vorschläge über die Lohnfrage im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit nicht angenommen werden. Den Beratungen lag über die Lohnfrage eine Denkschrift von Professor G. B. Cole von der Universität Oxford zugrunde, die zu sehr bemerkenswerten Ergebnissen kommt. Professor Cole bekämpft die Auffassung, wonach die gegenwärtige Krise auf zu hohe Löhne zurückzuführen sei, und erinnert daran, daß gegenwärtig genügend Ware, aber keine ausreichende Kaufkraft vorhanden ist. Angesichts des Reichtums an Gütern bedürfe die Welt offensichtlich einer Steigerung der Einkommen und nicht einer Senkung. Der Wunsch, die Löhne herabzusetzen, entspreche einem schlecht verstandenen wirtschaftlichen Rationalismus, der glaube, durch Herabsetzung der Produktionskosten auf Kosten seiner Wettbewerber leben zu können. Da aber die anderen in der Lage seien, das gleiche Spiel zu spielen, würde die Krise dadurch verschärft. Es dürfe auch nicht vergessen werden, daß die Senkung der Lohnsätze einen unerwünschten Einfluß auf den inneren Markt ausübe, während ihre Wirkung auf den Exportmarkt sehr problematisch sei und vom Verhalten der Konkurrenten abhängen. In keinem Wirtschaftssystem würde es sich empfehlen, in erster, sondern erst in allerletzter Linie die Produktionskosten durch Lohnneben zu senken.

Berichte aus den Zahlstellen.

Quisburg. Hubert Gersch f. Inwieweit trifft ein Schlag die Zahlstelle Quisburg durch das Hinscheiden unseres Kollegen Hubert Gersch. Kollege Gersch, ein äußerst rühriger und arbeitsfreudiger Angestellter, hat es so weit gebracht, daß die Zahlstelle Quisburg im Jahre 1930 selbstständig werden konnte. Durch seinen nie erlahmenden Fleiß und seine opferfreudige Tätigkeit, die er von seiner frühesten Jugend an im Interesse der Arbeiterbewegung entwickelte, lag ihm besonders der Aufbau der Zahlstelle Quisburg am Herzen. Geradezu Schritt er auf sein Ziel los. Mit dem Vorfuß strengster Pflächterfüllung füllte er seine Tätigkeit aus. Auch an diesen, an Krankheiten reichen Wintertagen, wo die Grippe auch ihn als Opfer ansetzen hatte, versuchte er bis zum letzten seine Pflichten für die Zahlstelle zu erfüllen, trotzdem ihn seine Kräfte teilweise verlassen wollten. Aber die dämonische Kraft der Grippe war stärker als sein Wille, sie warf ihn aufs Krankenlager. Nach kaum fünfzigjähriger Krankheit schied er im Alter von 49 Jahren von uns.

Mit Gersch ist einer unserer Besten aus unseren Reihen geschieden. Die Fortführung seines Werkes ist die beste Ehrung. Friede seiner Seele! Aber leben soll sein angefangenes Werk und spritzen der Samen, den er austreute, zur taugensfülligen Frucht!

Gera. Generalversammlung. Die diesjährige Generalversammlung der Bezirksabteilung Gera-Hermisdorf-Oreitz fand am 22. Februar im „Wald“ in Gera statt. 60 Delegierte waren anwesend. Koll. Gerhardt erstattete den Bericht über die Lohnpolitik und die Agitation im verfloffenen Jahre. Von der allgemeinen politischen Lage, der Weltwirtschaftskrise, ausgehend, erläuterte er den gedruckten Bericht. Ein Lohnabbau konnte vermieden werden, doch schon in den ersten Monaten des Jahres 1931 verlangten über alle die Unternehmer, daß die Löhne abgebaut würden. In einigen Branchen ist eine Einigung erfolgt, in anderen Branchen wird gegenwärtig noch verhandelt. Der Abbau beträgt 6 bis 7 Prozent. Die Berichterstattung der Betriebsräte an die Zahlstellenleitung muß besser werden. Auch wenn Akkord-Löhne abgebaut werden, müssen die Betriebsräte sich sofort mit der Zahlstellenleitung ins Benehmen setzen. Vor den Arbeitsgerichten und Spruchbehörden sind aus den Branchen Chemie, Papier, Steine und Erden und Kunststoffe 75 Mitglieder vertreten worden und dabei wurden insgesamt einschließlicher Arbeitslosenunterstützung 10 407 Mk. herausgeholt. Der Berichterstatter nahm an 419 Sitzungen, Verhandlungen, Konferenzen, Terminen, Versammlungen usw. teil. Koll. Martin berichtete über die Porzellanbranche. Auch in dieser war eine sehr unterschiedliche Beschäftigung aufzuweisen. Während zwei Betriebe aus der Kurzarbeit nicht herauskamen, konnte ein Betrieb etwas lebhafter arbeiten und ein größerer hatte nur kürzere Zeit und auch nur in einer Abteilung Kurzarbeit. Ein Lohnabbau von 6 Prozent trat mit dem 1. Februar 1931 in Erscheinung. Die Stückpreisregelung in der Porzellanindustrie, speziell in der elektrotechnischen Branche und in den Malereiabteilungen, ist einer Dauerbehandlung gleichzustellen. Sitzungen, Versammlungen usw. fanden 68 statt, an welchen der Berichterstatter teilgenommen hatte. An Unterhaltungen wurden ausgeklagt 788 Wochen mit 10 665 Mk. Auch vor dem Oberverwaltungsamt wurde eine größere Anzahl Kollegen und Kolleginnen vertreten, für die 4158 Mk. jährliche Renten herausgeholt, bzw. erhöht wurden. Ein besonderes Kapitel in der Porzellanbranche ist die Entschädigungspflicht der Topfereibeberufsgenossenschaft bei Berufskrankheiten. Durch Verordnung vom 11. Februar 1929 ist die schwere Staublungenkrankung Berufskrankheit geworden. Die Zahlstellenleitung nahm sich dieser Dinge besonders an. Mit den Nachzahlungen für 1929 und den Renten für 1930 erreichten die bisher erledigten 11 Fälle die Summe von 25 995 Mk. Es wäre wünschenswert, wenn alle Mitglieder ihre Arbeitsstreifen, ihre Einsprüche bei den Arbeitsämtern, vor allem aber ihre Ansprüche bei den Arbeitsämtern und aus der Invalidenversicherung, bei Unfällen und Berufskrankheiten nur durch die Zahlstellenleitung gehen ließen. Die Mitglieder seien gewarnt, damit sie nicht den Stämpfern und Phrasendreschern, die sich zum Teil gewerkschaftlich auf das Gebiet der Arbeiterversorgung werfen und von Fach- und Sachkenntnissen wenig besaßen, in die Hände fallen. In der Branche Porzellan wurde im verfloffenen Jahre allein an Rechtsangelegenheiten und Sozialansprüchen eine Summe von 42 204,80 Mk. für die Kollegen erreicht. Die Bildungsarbeit in der Zahlstelle war im ersten Quartal noch durch einige zu beendende Kurse verstärkt worden. Die Verbandschule besuchten drei Kollegen. Die Hauptkasse bilanziert mit 133 376 Mk. Rund 80 Prozent der Beiträge sind allein in einem Jahre an die Mitglieder an Unterhaltungen aller Art zurückgeflossen. Die Lokalkasse bilanziert mit 65 286 Mk. Der Kassenbestand der Lokalkasse betrug am Jahresende 12 112 Mk. Die bisherige Verwaltung wurde einstimmig wiedergewählt. Koll. Schönfeld von der Gauleitung sprach über die Nachmittagsstunden ein außerordentlich lehrreiches und instruktives Referat über Weltwirtschaftskrise und Arbeiterfrage. Mit der Aufforderung, alles für den Verband zu tun, um die wirtschaftliche Lage der Kollegenschaft zu bessern, Bericht in den Betrieben über die Tagung zu erstatten, unerlässlich für die Interessen der Arbeiterbewegung zu kämpfen, konnte Koll. Gerhardt am späten Nachmittag die harmonisch und inhaltlich reiche Generalversammlung schließen.

Gummindustrie, die wirtschaftliche Depression sehr stark. Massenentlassungen und Kurzarbeit von drei bis vier Tagen wurden chronisch in fast allen Industriezweigen. Die Zahl der Entlassungen betrug im Berichtsjahre 2300. Es wurden 12 Betriebe mit 480 Beschäftigten stillgelegt. An arbeitslosen Mitgliedern waren zu verzeichnen:

	männliche	weibliche	zusammen
am 1. Januar 1930 .	520	353	873
am 1. Januar 1931 .	1060	260	1320

Die Lohnabbauoffensive der Arbeitgeber auf die Akkord-überverdienste und Prämienhöhe setzte im zweiten Quartal 1930 mit aller Schärfe ein. Die chemische Großindustrie versuchte auf kaltem Wege unter Ausschluß der Öffentlichkeit Akkord- und Prämien-senkungen vorzunehmen. Auch die feuerfeste Industrie ging diesen Weg. Die gute Organisation in den Betrieben hat es vermocht, die Pläne der Arbeitgeber erheblich abzuwehren, teilweise gänzlich abzuwehren. Es gelang auch, alle Lohnsätze — mit einer Ausnahme — zu halten. Die Betriebsräte wählten einen ernsten Vertrauenskundgebung für den Fabrikarbeiterverband und den Keramischen Bund. In 165 Betrieben wurden 454 Betriebsratsmitglieder gewählt. Davon erhielten:

Wie

die Nazis ihre berufsmäßigen Mörder und Totschläger besolden können, ist ein Rätsel. Aus den Beiträgen können sie nicht viel für ihre Verbrecher aufwenden, denn die Einnahmen daraus dürften kaum reichen für die Massenversammlungen, Flugblätter, Uniformierung, Transportkosten, Offiziersbesoldung usw. Von wem erhalten die Nazis also ihre Geldmittel? Doch nur von den Interessenten. Und wer sind diese? Niemand anders als unsere Kapitalisten, die genau wie in Italien die Mittel liefern, in der Hoffnung, sich reichlich schadlos halten zu können, wenn — wiederum wie in Italien — die Nazis gesiegt haben. Sie wollen dann die gebrachten Opfer zurückholen in reichem Maße, wenn die Arbeiterklasse verklärt ist. Es ist anzunehmen, daß die Nazis vom Lohnabzug im ganzen Reich ihren bestimmten Prozentanteil erhalten. Oder erhalten sie den ganzen

der Fabrikarbeiterverband	344 Mandate
der christliche Fabrikarbeiterverband	56 Mandate
die übrigen freien Gewerkschaften	45 Mandate
die kommunistische Opposition	9 Mandate
insgesamt 454 Mandate.	

Die Agitation für den Verband wurde äußerst lebhaft betrieben. In Sitzungen und Versammlungen wurden 2031 abgehalten. Durch die Hausagitation wurden 769 Adressen bearbeitet. Es wurden 282 Mitglieder für den Verband gewonnen. Flugblätter wurden 52 700 Stück, Einladungen zu Versammlungen und Rundschreiben 59 000 Stück verteilt. Am Arbeitsgericht hatte der Verband 66 Klagen zu vertreten. Davon wurden 47 Klagen zugunsten der Mitglieder erledigt. Auch an den Bezirkschiedsgerichten und durch Verhandlungen mit den einzelnen Unternehmern wurde vieles erreicht. Der finanzielle Erfolg ist folgender:

am Arbeitsgericht	8197,43 Mk.
an den Bezirkschiedsgerichten	2182,50 Mk.
durch direkte Verhandlungen	2860,10 Mk.
insgesamt 13240,03 Mk.	

Auch die Bildung der Mitglieder ist in der Berichtszeit nicht vernachlässigt worden. Zur Teilnahme an den Unterrichts-kursen am Arbeiterseminar meldeten sich 80 Mitglieder. Es haben 56 Kollegen und zwei Kolleginnen daran teilgenommen. Zum Jugendkurs meldeten sich 12 Kollegen, daran teilgenommen haben fünf Kollegen. Zur Teilnahme am Unterrichtskursus der Verbandsleitung in Weimarschen meldeten sich 22 Kollegen und vier Kolleginnen. Durch Beschluß des Hauptvorstandes haben acht Kollegen und zwei Kolleginnen daran teilgenommen. Die Vertrauensleute des Verbandes haben wir im besonderen Maße mit ansehendem Material versehen. In der Berichtszeit wurden 13 Broschüren verteilt, insgesamt 3340 Stück. An die besten Arbeiter für den Verband wurden 230 Bücher, die sich mit der Arbeiterbewegung vor und nach dem Sozialistengesetz beschäftigen, als Prämie gegeben. Die Mitgliederzahl ist in der Berichtszeit trotz der Krise noch gestiegen. Der Bericht-erstatter beschloß sich dann eingehend mit der kommunistischen Gewerkschaftsgründung, die nichts als Hass ist und den deutschen Arbeitern fremd bleiben wird. An Hand einiger Beispiele aus dem Ruhrgebiet belegte er seine Auffassung, daß in ganz kurzer Zeit der Zusammenbruch kommen müsse. In der chemischen Groß-industrie hätten die Kommunisten 1922 den Versuch unternommen, einen Industriearbeiterverband zu gründen, der bereits nach einem Jahre endlos zusammengebrochen ist. Von 2400 Mitgliedern sind nach einem Jahre nur 147 Mitglieder übriggeblieben. Mit Beiträgen von 20 bis 40 Pf. je Woche kann man erträglich keine Kämpfe finanzieren, es reicht dann höchstens zu einer Erbsenuppe mit erbitterter Wutbürger. Aus dem Bericht des Kassierers ist die gute finanzielle Lage der Zahlstelle zu erkennen. Die Gesamt-einnahme einschließlicher Lokalkassenbestände vom Jahre 1929 betrug 45 881,78 Mk., die Mitgliederbeiträge ergeben 286 009,75 Mk., der Hauptkasse wurden 120 493,54 Mk. überwiesen, der Lokalkassenbestände mit 160 354,95 Mk. Die Ausgaben für die Haupt-kasse betragen: an Erwerbslosenunterstützungen 40 719,50 Mk., an sonstigen Unterhaltungen 20 618,80 Mk., für Invalidenunter-stützung und Sonderunterstützung 12 570,00 Mk., aus lokalen Mitteln wurden 13 639 Mk. gezahlt. Nach einer anschließenden Ansprache wurde dem Kassierer Entlastung erteilt und einstimmig die alte Ortsverwaltung wiedergewählt. Mit der Mahnung, auch in diesem Jahre mit aller Kraft für die Interessen des Verbandes zu arbeiten, wurde die von 140 Delegierten besetzte Generalversammlung geschlossen.

Welschwasser. Jahresgeneralversammlung. Unter Leitung des Koll. Lange tagte am 22. Februar im Volkshaus die Jahresgeneralversammlung unserer Bezirksabteilung. Koll. Lange verweist auf den gedruckten vorliegenden Geschäftsbericht. Ein Studium desselben zeigt, daß sich die Lage des Arbeitsmarktes für mancher Berufe im Laufe der Sommermonate dauernd verschlechtert hat. Es liegt in der Struktur der Zahlstelle, die zu fünf Sechstel ihre Mitglieder in der Glasindustrie hat, daß sie wohl stetig fortschreitend, aber mit der ganzen Schwere der Krise erst im zweiten Halbjahre getroffen wurde. Allgemein sind am Jahresende 25 Prozent der Mitglieder arbeitslos, deren Zahl aber an manchen Orten 50 Prozent übersteigt. Die Tarifveränderungen waren unter dem Einfluß der immer stärker werdenden Lohn-abbaupsychose äußerst schwierig. Um Schlimmeres zu verhüten, mußte oft sogar mit den Stimmen der Arbeiterbeisitzer ein Spruch gefällt werden, der einen mäßigen Lohnabbau brachte. Von manchen Kollegen wird verlangt, unter keinen Umständen in einen Lohn-abbau zu willigen, sondern in jedem Falle mit Streik zu antworten. Die Wirkung würde nur sein, daß unsere besten Kollegen auf der Strecke bleiben. Verantwortlichkeitsgefühl der Angestellten, gepaart mit Überzeugungstreue der Mitglieder, müssen uns jeweilig den Weg weisen, der im Interesse der Kollegen gegangen werden muß. Sowohl der AOB, wie die einzelnen Gewerkschaften sind in enger Verbindung mit der SPD, dauernd bemüht, durch Forderungen nach kürzerer Arbeitszeit die furchtbaren Wirkungen der Krise zu mildern. Die Mitgliederzahl ist von 8501 auf 8470 gefallen. Nach dem Kassenbericht des Koll. Fiebig war der Umsatz an Erwerbslosenmarken allein im 4. Quartal so groß wie im ganzen Jahre 1929. Die Hauptkasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit 417 053,07 Mk. ab. Davon wurden 176 130,22 durch die verschiedenen Unterhaltungen an die Mitglieder zurückgezahlt. Allein für Arbeitslose 100 711 Mk. Der Berichterstatter beleuchtet an Hand dieser und der im vergangenen Jahre ausgezahlten Unter-stützungen die schmerzhafte Kritik gewissenloser Heher aus den Reihen der AOB, die behaupteten, daß wohl alles für die Wozgen, aber nichts für die Mitglieder getan wird. Die Lokalkasse schließt mit 348 903,15 Mk. ab. Der Kassenbestand, der am Jahresbeginn 197 335,39 Mk. betrug, erhöhte sich bis Jahresende um 41 273,87 Mk. auf 238 609,26 Mk. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Buder, Kogmann, Hoffmann, Hentsche und die Kollegin Donath. Hentsche hält das Zurückweichen der Gewerk-schaften für einen schweren Fehler. Kollege Lange konnte ihm beweisen, daß man ja im Jahre 1923 die Probe auf dieses Exempel in seiner Ortsgruppe Obbern gemacht habe, wo am Schluß eines verlorenen Kampfes der einzige Erfolg der war, daß vier Fünftel der Mitglieder verloren wurden. Mit dem verbleibenden Rest läßt sich dann nicht gut gewerkschaftliche Arbeit leisten. Unsere Mitglieder fordern Beseitigung ihrer Wirtschaftsnof, nicht politische Zweckverwendung. Die Neuwahlen brachten die Wiederwahl der bisherigen Verwaltung. Zu Punkt 4 hält der Redakteur des „Keramischen Bundes“, Koll. Renninger (Charlottenburg), einen Vortrag über Krise und Arbeiterschaft. Er hebt neben den wirtschaftlichen Verflechtungen der Länder besonders die gesamte Zollpolitik hervor, wie sie zum Schaden der Arbeiterklasse aller-wärts in Verbindung mit Subventionen betrieben wird. Er zeichnet mit großer Schärfe die Lage auf dem Aktien-, Effekten- und Devisenmarkt. In Verbindung mit dem Geld- und Anleihemarkt kommt er auf die schweren Schädigungen, die dem deutschen Volke durch den Ausgang der Reichstagswahl entstanden sind, zu sprechen. Der AOB-Kollege Hentsche kritisierte die Rationalisierung. Leider entbehrte seine Kritik der wissenschaftlichen Grundlage. Kollege Renninger wies ihm nach, daß Umfang und Güte der Lebenshaltung eines Volkes von der Art seiner Produktion ab-hängen. Dagegen spricht auch nicht, daß die Erfolge der Ratio-nalisierung zunächst nur den Unternehmern zugute kommen. Aber abgesehen hiervon muß sie aus weltwirtschaftlichen Gründen er-folgen und muß im Sinne der marxistischen Lehre, besonders wenn starke Gewerkschaften vorhanden sind, auch zu einer Verbesserung der Lebenshaltung des gesamten Volkes führen. Aber die von Hentsche vertretenen Gedankengänge, die noch an manchen Stellen starke Ähnlichkeit mit den Maschinenfürmern haben, sind wir längst hinaus. Heute bedarf es anderer Maßnahmen. In erster Linie Anpassung des Verbrauchs und unserer Bedürfnisse sowie der Arbeitszeit an den Produktionsapparat, wie sie von den Gewerk-schaften dauernd gefordert werden. Mit Worten des Dankes an die Funktionäre für die geleistete Mitarbeit und dem Wunsch für fernere gleiche Tätigkeit schloß Kollege Lange die Versammlung nachdem vorher noch einige Anträge behandelt und erledigt worden waren.

Wunsiedel. Dem Kollegen Prell aus Wunsiedel, der 25 Jahre als Vorsitzender unserer Bewegung freud und ehrlich gedient hat, sagen wir auf diesem Wege herzlichen Dank und empfehlen diese Tätigkeit unserer Jugend zur Nachahmung.

Verbandsnachrichten.

Die Zahlstelle Weithain ist seit dem 1. März 1931 der Zahlstelle Chemnitz angeschlossen.

Ausgeschlossen

wurden gemäß § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: J h e h o e l. Hoff: Franz Wolter, Mitgl.-Nr. S II 777 615, Hermann Besthorn, Mitgl.-Nr. 1 043 947, Franz Schweitzer, Mitgl.-Nr. 1 043 895, Willi Augustat, Mitgl.-Nr. 683 170; Jena: Ernst Schullschessi, Mitgl.-Nr. P 135 356; Bad Salzungen: Georg Müller, Mitgl.-Nr. 787 582; Burg b. Magdeburg: Willi Weiß, Mitgl.-Nr. 970 667; S ö s t a. Main: Franz Sendel, Mitgl.-Nr. 1 042 458; Weithain: Erich Fischer, Mitgl.-Nr. 1 100 899; Halle a. d. Saale: Albert Käthe, Mitgl.-Nr. S II 702 073; gemäß § 14 Ziffer 3a und c in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Leer i. Ostfries-land: B. Verfus, Karten-Nr. 33 947; W e l k e n i. d. Mark: Richard Schulze, Mitgl.-Nr. 829 944, Otto Fischer, Mitgl.-Nr. 189 024, Friedrich Dettweiler, Mitgl.-Nr. 1 086 590, Johann Probyzewski, Mitgl.-Nr. 953 017, Gustav Schreiber, Mitgl.-Nr. 829 931, August Cloa, Mitgl.-Nr. 953 026, Adolf Wöbe, Mitgl.-Nr. 936 566.

Literarisches.

Dr. Heinz Schneider: „Geschlecht und Sünde.“ (Die Krisis der Sermoralität und der Untergang der Ehe.) 370 Seiten, 64 Bildtafeln, gebunden in Ganzleinen 13 Mk. Dieses Buch eines Arztes wendet sich vor allem an Arbeiter und Angehörige. In der sozialen Form der Ehe ist Geschlechtverkehr Pflicht. Die Folgen, ein reicher Kinderlegen, stehen in Widerspruch zu den Möglichkeiten, diese Familie zu ernähren. Der Staat ist nicht in der Lage, dem Lohnnebenkommen der Arbeiter und Angehörigen eine Angleichung an den Bedarf zu erwirken zu können. In welchen Sozialformen (Prostitution usw.) und Verfallungen der Moral und Kampf diese Widersprüche im Verlauf der Geschichte und in der Gegenwart führen und welche Lösungen erfindet werden können, zeigt das Buch. Den Vertrieb des Buches innerhalb der Gewerkschaften hat die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Inselfstraße 6a, übernommen.

Das Märchen der „Wüdergilde“ enthält wieder viele interessante literarische Beiträge und Abbildungen. Das vorliegende Heft enthält auch eine ausführliche Aufzählung der bisher erschienenen Werke der Wüdergilde-Verlag, 118 Bücher der erscheinenden und der populärwissenschaftlichen Literatur, die familiär zur freien Auswahl stehen.

Veränderung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Von Reichspräsident a. D. Karl Pa n n i e r. Verlag von Philipp Reclam, Leipzig. Schrift und Papier tadellos. Häßlich in Leinen gebunden, 80 Seiten. Format: die bekannten handlichen Reclamabdrücke.

P. Herwig

Hemer. Fritz Reff gestorben. Wenn ist nicht in unseren Konferenzen, Versammlungen und bei Verhandlungen unser Kollege Reff aufgetaucht? Nahe und Sachlichkeit waren ihm gegeben. Klar sah er sein Ziel, für das er strebte. Nun ist dieser harmonische Mensch ausgetreten. Am 16. Februar 1931 ist er im Alter von 43 Jahren verstorben. Als Vorsitzender des Betriebsrats der Zellulosefabrik Hochtiefingen und als 1. Bevollmächtigter der Zahlstelle Hemer war er jederzeit auf dem Platze, wenn es hieß, für unsere Interessen einzutreten. Unsere Interessen lagen bei ihm in festen Händen. Gerade zu einer Zeit, in der seine Person so notwendig gebraucht wurde, mußte er von uns scheiden. Er half die Zahlstelle aufbauen. Oft sah er als Beisitzer im Schieds-anspruch der wepfallischen Papierindustrie. Immer ruhig und sachlich trat er für die Arbeiterschaft ein. Wir trauern um ihn. Möge sein Streben allen ein Beispiel sein und möge sie jetzt auch ohne ihn mit uns gegen sein Streben eintreten für unsere Ziele. Das ist die beste Ehrung, die wir ihm erweisen können. Am.

Kuba. Am 24. Februar hielt unsere Zahlstelle ihre Jahres-generalversammlung ab. Der erste Berichterstatter, Kollege Herwig, erstattete einen außerordentlich guten Bericht. Die Jahresberichte der Erzieher und Erzieherinnen waren ihm gegeben. Klar sah er sein Ziel, für das er strebte. Nun ist dieser harmonische Mensch ausgetreten. Am 16. Februar 1931 ist er im Alter von 43 Jahren verstorben. Als Vorsitzender des Betriebsrats der Zellulosefabrik Hochtiefingen und als 1. Bevollmächtigter der Zahlstelle Hemer war er jederzeit auf dem Platze, wenn es hieß, für unsere Interessen einzutreten. Unsere Interessen lagen bei ihm in festen Händen. Gerade zu einer Zeit, in der seine Person so notwendig gebraucht wurde, mußte er von uns scheiden. Er half die Zahlstelle aufbauen. Oft sah er als Beisitzer im Schieds-anspruch der wepfallischen Papierindustrie. Immer ruhig und sachlich trat er für die Arbeiterschaft ein. Wir trauern um ihn. Möge sein Streben allen ein Beispiel sein und möge sie jetzt auch ohne ihn mit uns gegen sein Streben eintreten für unsere Ziele. Das ist die beste Ehrung, die wir ihm erweisen können. Am.

Chemische Industrie

Die Aussperrung in den Frankfurter Albestwerken vor dem Reichsarbeitsgericht.

Die beklagte Firma, Frankfurter Albestwerke in Frankfurt a. M., war Mitglied des Arbeitgeberverbandes der Chemischen Industrie, gehörte aber nicht der Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie an, so daß deren Reichsarbeitsvertrag für sie nicht galt. Am 6. Juni 1929 schloß der Arbeitgeberverband der Chemischen Industrie, Sektion VII, vertreten durch seinen Syndikus Dr. Ziegler, für die Beklagte mit dem Verband der Fabrikarbeiter einen Vertrag, durch den der Reichsarbeitsvertrag der Chemischen Industrie und der Bezirksarbeitsvertrag der Sektion VII für die Beklagte und ihre Arbeiter mit Ausnahme der Lohnsätze und des Artikels III in Kraft gesetzt wurde. Diese Lohnregelung sollte für die Dauer der derzeitigen Lohnregelung der Chemischen Industrie, Sektion VII, Geltung haben. Am 31. Dezember 1929 schied die Beklagte aus dem Arbeitgeberverband der Chemischen Industrie aus. Sie steht auf dem Standpunkt, daß mit ihrem Ausscheiden auch der Tarifvertrag vom 6. Juni 1929 und damit der Mantel- und der Bezirksarbeitsvertrag der Chemischen Industrie für sie ihre Geltung verloren haben. Diesen Standpunkt gab sie ihren Arbeitern durch Anschlag bekannt, kündigte ihnen das bisherige Arbeitsverhältnis und bot ihnen zugleich an, es unter geringeren Bedingungen fortzusetzen mit der Maßgabe, daß die bisherigen Lohnsätze nicht als gekündigt gelten sollten. Die Arbeiter nahmen die Kündigung an. Sie erhielten vom Fabrikarbeiterverband Streikunterstützung. Der Kläger sieht in dem Vertrag vom 6. Juni 1929 einen Firmenarbeitsvertrag, der durch das Ausscheiden der Beklagten aus dem Arbeitgeberverband der Chemischen Industrie nicht erledigt sei. Er erblickt weiter in der Kündigung eine tarifwidrige Aussperrung der Arbeiter und eine Verletzung der tariflichen Friedenspflicht und verlangt außerdem als Schadenersatz die den Arbeitern gezahlten Streikgelder zurückvergütet.

Das Arbeitsgericht und auch das Landesarbeitsgericht in Frankfurt entschieden zugunsten des Fabrikarbeiterverbandes.

Um in dieser Rechtsfrage eine grundsätzliche Entscheidung zu erreichen, legte die Beklagte Revision ein, die aber als völlig unbegründet vom Reichsarbeitsgericht zurückgewiesen wurde.

Auch werden der Beklagten die nicht unerheblichen Kosten des Rechtsstreits auferlegt.

Es trägt somit die Firma Albestwerke den gesamten Schaden der Arbeiter, den sie durch die Aussperrung erlitten haben.

Neue Erdölfunde im Kalischacht Volkenroda.

In der Nr. 50 des „Proletarier“ vom 13. Dezember 1930 teilten wir mit, daß gelegentlich einer Gasexplosion im Kalischacht Volkenroda eine Petroleumquelle freigelegt worden ist. Das Petroleum fließt in ziemlich starken Mengen aus. Es werden täglich zirka 60 Tonnen Öl gefördert. Jetzt ist durch Bohrungen in der Grube noch eine Quelle erschlossen, so daß sich die Erdölförderung in Zukunft wesentlich steigern wird.

Wie aus dem Geschäftsbericht des Burbach-Konzerns hervorgeht, wurde auf Grund der Befunde von der Konzernleitung das Recht zur Auffindung und Gewinnung von Erdöl in den Kaligerechtfamen Volkenroda und Pöthen erworben. Infolge der zunehmenden Bedeutung der deutschen Erdölproduktion sah sich die Leitung des Burbach-Konzerns veranlaßt, an einer dem Kalimwerk Volkenroda benachbarten Ölgerchtfame teilzunehmen. Auch in der Gerchtfame des Kalimwerks Wilhelmshall-Isburg ist eine Bohrung nach Erdöl in Betrieb. Außerdem ist der Konzern an Bohrungen im Hängigen-Nienhagener Gebiet bei Celle beteiligt.

Erdöl kommt in den meisten Fällen mit Salz vergesellschaftet vor. Die geologische Wissenschaft gibt dafür mehrere theoretische Vorgänge an. Am meisten dürfte die Theorie von Stöller etwas für sich haben, wonach das Salzgebirge infolge Eruptionen in schwachen Aufwühlungen aufgestiegen und dann mit dem Meerwasser in Verbindung getreten ist. Das Wasser ist in dem oberen Teil dieser Wühlungen eingetreten und hat sich mit Salz übersättigt. Die im Meerwasser vorhandenen niederen Lebewesen sind dabei abgestorben. Dieser Vorgang muß sich Jahrtausende wiederholt haben, bis es zur Bildung gekommen ist.

Erdölvorkommen sind in Deutschland schon lange bekannt. Bereits in der Mitte des 15. Jahrhunderts wurde Öl in den Tegernseefeldern in Bayern gefunden. Anfang der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurden dort durch Stollenbetrieb täglich mehrere hundert Liter Öl gewonnen. Spätere Bohrungen zeigten günstigere Resultate. Das Schwerkgewicht der Erdölindustrie liegt in der Provinz Hannover. Das erste Bohrloch wurde vor ungefähr 50 Jahren in der Lüneburger Heide bei Wiehe-Steinförde niedergebracht. Als diese Bohrung fruchtbar war und auch die nächsten Bohrungen Erfolge aufzuweisen hatten, entwickelte sich im Laufe der Jahre inmitten der hannoverschen Kalivorkommen eine blühende Industrie. Mehrere hundert Bohrtürme ragten gen Himmel und gaben der Heide Landschaft den Charakter der kalifornischen Ölfelder. Internationales Kapital hatte schon damals Nutzungsrechte im hannoverschen Ölgebiet erworben. Heute sind die Quellen in Wiehe nicht mehr so ergiebig, die Bohrtürme sind dort zum größten Teil verschwunden, das Öl wird in einem Schacht bergmännisch gewonnen.

In anderen Teilen der Provinz Hannover, hauptsächlich in der Umgegend von Celle, wird heute überall mit Erfolg nach Erdöl gebohrt. Im Burbach-Konzern liegen die Verhältnisse so, daß anscheinend die Erdölindustrie ein Nebenzweig der Kalilindustrie werden soll.

Immer noch Rückgang des Kalialbjahres.

Der Kalialb im Monat Februar beträgt 1546 472 Doppelzentner Reinkali. Unterliefert lagen nach den Mitteilungen des Kalisyndikats am 1. März 1931 auf den Werken noch Aufträge

zur Lieferung von 415 424 Doppelzentner Reinkali vor. Im Januar 1930 betrug der Absatz 2 027 234 Doppelzentner. In den ersten zwei Monaten des laufenden Kalenderjahres wurden insgesamt 2 706 872 Doppelzentner gegen 3 887 379 Doppelzentner in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres abgesetzt. Allein in den ersten beiden Monaten ist ein Rückgang des Absatzes von 1 180 507 Doppelzentner Reinkali zu verzeichnen.

Der Rückgang in diesem Jahre dürfte nicht nur auf die Witterungsverhältnisse, sondern infolge der wirtschaftlichen Krise auf geringere Bestellungen der Landwirtschaft zurückzuführen sein.

Einführung der Vierzigstundenwoche bei der J.-G. Farbenindustrie in Lederkufen.

Die J.-G. Farbenindustrie hat am 23. Februar 1931 dem Arbeiterrat die Mitteilung zugehen lassen, daß Anfang März, je nach den Betriebsverhältnissen, für den gesamten Betrieb die Vierzigstundenwoche zur Einführung kommt. Am 23. Februar nahm eine von 2000 Personen besuchte Versammlung Stellung hierzu und forderte in einer Entschlieung, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit eine entsprechende Anzahl von Erwerblosen eingestellt werden müsse. Außerdem wird Lohnausgleich gefordert. Die Gewerkschaften wurden beauftragt, in diesem Sinne Verhandlungen mit der Direktion zu pflegen.



Allereinfachste Verkehrsregel.

Wenn wir über 'n Damm woll'n gehen, müssen wir nach links erst sehen. Lenken nun die Schritte nach des Dammes Mitte. Richten dann die Augen hell nach der rechten Seite schnell. Wenn wir so gut Obacht geben, schämen selbst wir unser Leben: Kommen wohlbehalten dann bei den lieben Eltern an.

Dieses Sprüchlein lernen die Abschäligen in den untersten Klassen der Schulen, ja sogar schon die Kleinen in den Kindergärten. Leider aber scheint es oft nötig, daß auch größere Kinder und Erwachsene dieses Sprüchlein einmal auswendig lernen und es sich ordentlich einprägen.

Papier-Industrie

Die deutsche Papiererzeugungsindustrie im Jahre 1930. Von G. Stähler (Hannover).

In der deutschen Papiererzeugungsindustrie spielt die Akkord- und Prämienarbeit wenigstens für die Facharbeiterschaft keine ganz unbedeutende Rolle. Dem planmäßigen Abbau der Tariflöhne zu Beginn des Jahres 1931 war bereits im Laufe des Jahres 1930 in einem sehr großen Teil der Betriebe ein

Abbau der Prämien- und Akkordsätze vorangegangen. Die Unternehmer hatten also auf dem Wege des kalten Lohnabbaues ihre Gesteuerungskosten von der Lohnseite her schon ganz wesentlich verringert. Soweit die Akkord- und Prämienätze nicht ganz in Wegfall kamen, trat in sehr vielen Betrieben eine sehr empfindliche Ermäßigung derselben ein. Nach unseren Feststellungen haben die Arbeiter dadurch eine Verdiensteinbuße bis zu 12 Mark pro Woche und Mann erlitten. Leider mußten wir feststellen, daß beim Abbau der Tariflöhne der kalte Lohnabbau die staatlichen Schlichter ebenso kalt ließ wie die Unternehmer.

Mit welcher Kalkülhäßigkeit dieser kalte Lohnabbau zur Durchführung gebracht wurde, dafür ein besonderes Beispiel. In der Zellulosefabrik Vogel u. Bernheimer in Marau waren zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat Differenzen über den Abbau der Akkordsätze eingetreten. Da diese Differenzen nicht erledigt werden konnten, wandte sich unsere Gewerkschaft an den zuständigen Syndikus des Bezirksarbeitsgeberverbandes, Herrn Rechtsanwalt Fehrenbach in Bezug auf die Bitte, daß die beiden Tarifkontrahenten dazu beitragen möchten, den Streikfall beizulegen. Am 6. Februar 1931 erhielt unsere Gewerkschaft ein Schreiben von Herrn Fehrenbach, in dem dieser erklärte, er halte sich nicht für befugt, an der Beilegung dieser Differenzen mitzumachen. Dafür aber gab er der Arbeiterschaft den Rat, einfach zu streiken. Er schrieb dabei folgende Worte: „Einigen sich die Arbeiter der Firma Vogel u. Bernheimer, AG., in Marau nicht, dann müssen sie eben den Betrieb stilllegen.“

Rücksichtslos dürfte der reine Unternehmerstandpunkt selbst von einem Arbeitgeber-Syndikus kaum noch zum Ausdruck gebracht werden können. Wir können uns der Zeit

noch erinnern, in der auch Herr Fehrenbach eine etwas weniger unangenehm berührende Heidenpose aufsteckte, als in den Betrieben vereinzelt die Arbeit niedergelegt wurde. Dieselbe Zeit dürfte wieder einmal kommen, und wir glauben kaum, daß Herr Fehrenbach auch dann noch den starken Mann markiert.

War der Lohnabbau notwendig?

Wir beantworten diese Frage mit einem glatten Nein. Im Laufe des Jahres 1930 setzte Rußland aus finanziellen Gründen, um Devisen zur Durchführung seines Fünfjahresplanes zu erhalten, mit einer außerordentlich starken Holzauflauf nach Europa und Amerika ein, wodurch die Papierholzpreise um rund 30 Prozent gegenüber dem übrigen Ausland unterboten wurden. Wie schwer diese Dumping-Ausfuhr empfunden wurde, zeigte eine Meldung aus Amerika, wonach ein Unterausschuß des amerikanischen Kongresses zur Prüfung dieser Frage eingesetzt wurde. Dabei forderten nicht nur die amerikanischen Farmer als Vertreter des Waldbesitzes eine verschärfte Gesetzesvorlage, durch die die Einfuhr russischen Papierholzes unterbunden wird, sondern selbst der Vertreter der organisierten Arbeiterschaft, Mac Grady, trat dafür ein, daß die in Rußland in Zwangsarbeit hergestellten Erzeugnisse zur Einfuhr in Amerika nicht zugelassen würden. Der Vorsitzende dieses Ausschusses, Sewell, ging sogar so weit, die Behauptung aufzustellen, daß nach den Informationen jede Arbeit in Rußland Zwangsarbeit sei.

Die unvorhergesehene russische Papierholz-Ausfuhr brachte also einen Preiskurz auf dem Weltmarkt, der weder für die europäischen Papierholz ausführenden Staaten, noch für die deutsche Forstwirtschaft angenehm gewesen sein mag, den deutschen Papiererzeugungsindustriellen aber den Bezug von billigem Papierholz sicherte. Infolgedessen trat von Ende 1929 bis Ende 1930 folgende Ermäßigung der Papierholzpreise ein:

Polnisches Papierholz	um 25 Prozent
Tschechisches Papierholz	um 45 Prozent
Osterreichisches Papierholz	um 25 Prozent
Sächsisches Papierholz	um 40 Prozent
Bayerisches Papierholz	um 15 Prozent
Württembergisches Papierholz	um 20 Prozent
Badisches Papierholz	um 35 Prozent

Daß auch die übrigen Papierholz ausführenden Staaten ihre Preise in ähnlichem Ausmaß vermindern mußten, bedarf kaum noch einer Erwähnung. Diese Preisermäßigung in Papierholz fällt aber besonders stark ins Gewicht, wenn man beachtet, daß der größte Teil aller Papierforsten fast ausschließlich aus Holz, ob aus Holzstammstoff oder Holzschliff ist gleichgültig, hergestellt wird.

Dazu kommt, daß auch die Preise für die übrigen Hilfsstoffe im Laufe des Jahres 1930 eine Ermäßigung um rund 20 Prozent erfahren haben.

Da die deutsche Papiererzeugungsindustrie pro Jahr rund 4 Millionen Tonnen Steinkohle verbraucht und damit am deutschen Steinkohlenverbrauch mit 2,8 Prozent beteiligt ist, so bedeutet die gegen Ende des Jahres 1930 eingetretene Ermäßigung der Kohlenpreise um 6 Prozent gleichfalls eine beachtenswerte Verbilligung der Produktionskosten.

Diesen Preisermäßigungen an Roh- und Hilfsstoffen steht gegenüber eine Ermäßigung der Zellstoffpreise im Jahre 1930 um durchschnittlich 20 Prozent und eine Ermäßigung der Papierpreise — von einigen wenigen Sorten abgesehen — um 10 Prozent.

Daraus ergibt sich, daß allein aus der Senkung der Rohstoffpreise die deutschen Papiererzeugungsindustriellen, mindestens bei voller Ausnutzung der Produktionskapazität, einen recht annehmbaren Gewinn gemacht hätten. Daraus ergibt sich aber wiederum, daß eine Senkung des Lohn-einkommens der Arbeitnehmer und damit verbunden eine Schwächung der Kaufkraft derselben weder volks- noch betriebswirtschaftlich eine Notwendigkeit war.

Die sozialen Lasten.

Im Sehprogramm der Unternehmerorganisationen gegen die Arbeiterschaft spielen die sozialen Lasten eine ebenso ausschlaggebende Rolle wie die angeblich hohen Löhne. Beide Faktoren sollen ja die Grundlage der Produktionsverteuerung und die Ursache der Wirtschaftskrise sein. Dieser Geharheit der Unternehmerorganisationen ist ja auch ein teilweiser Erfolg in der Notverordnung des Reichspräsidenten geworden. In Wirklichkeit dürften die Unternehmer weniger gegen die sozialen Lasten Sturm laufen als vielmehr gegen die Erkenntnis, daß ohne Arbeitslosenversicherung, Wohlfahrtsfürsorge usw. die Millionen Arbeitslosen bettelnd um Arbeit und Brot vor den Betrieben stehen und damit zu Lohndrückern an ihren Arbeitsbrüdern würden.

Den besten Beweis für diese Annahme bieten die Berechnungen des Präsidenten der englischen Handelskammer, Sir Arthur Salfer. Danach bekümpfen die sozialen Belastungen für 1929 auf den Kopf der Bevölkerung

in England	78,50 M.
in Deutschland	37,50 M.
in Frankreich	13,— M.
in Italien	3,50 M.

Die beiden letztgenannten Staaten fallen als Konkurrenz der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt nicht ins Gewicht, desto mehr aber England. England hat aber an sozialen Lasten nach diesen Berechnungen den doppelten Betrag wie Deutschland zu tragen. Dabei muß noch beachtet werden, daß der Reallohn der englischen Arbeiter 30 Prozent über dem der deutschen Arbeiter liegt. Also neben einer doppelten sozialen Belastung auch eine ganz gewaltig höhere Lohnbelastung. In diesem Zusammenhang kann auch Amerika, das bekanntlich keine staatlichen sozialen Einrichtungen besitzt, trotzdem außer Betracht gelassen werden, da die Reallohn in USA ungefähr dreimal und in Kanada ungefähr zweimal so hoch sind wie in Deutschland.

Nahrungsmittel-Industrie

Zur Arbeitszeit in der Industrie.

In Nr. 3 des „Proletarier“ hatten wir darüber berichtet, daß in Harburg zunächst bei der Firma Brinkmann & Mergell im Oktober v. J. die Sechsstundenschicht eingeführt wurde. Diesem Beispiel folgte dann in Harburg ein anderer Betrieb. Zu Beginn des neuen Jahres wurde nun auch in den übrigen Harburger Betrieben die Sechsstundenschicht für die Pressen- und Fabrikationsarbeiter eingeführt, so daß die größte Mehrzahl der Beschäftigten in der Harburger Industrie nunmehr vier Schichten zu sechs Stunden arbeitet. Die Handwerker und zum Teil die Hocharbeiter arbeiten noch acht Stunden. Infolge der Arbeitszeitverkürzung in den übrigen Harburger Betrieben konnten nun zunächst neue Arbeitskräfte nicht eingestellt werden, da die Betriebe nicht voll ausgenutzt wurden. Immerhin wurde aber durch diese weitere Arbeitszeitverkürzung vermieden, daß Leute aus der Industrie entlassen wurden.

Dem Beispiel Harburgs ist eine Anzahl anderer Orte mit Industrie gefolgt. Zunächst ging die Fabrik Bremen-Besigheim zu Bremen dazu über und führte für die Schichtarbeiter ebenfalls die Sechsstundenschicht ein. Diese Maßnahme sollte vorerst als vorübergehend gelten. Ob und wann wieder die Achttundenschicht eingeführt wird, muß abgewartet werden. Auch in diesem Betriebe drehte es sich nicht darum, neue Leute einzustellen, sondern es sollten Entlassungen vermieden werden.

Am Niederrhein waren nun gleichfalls Verhandlungen zwecks Einführung einer verkürzten Arbeitszeit für die Industrie. Wir berichteten bereits in der Nummer 3 des „Proletarier“, daß unsere Kollegen vom Niederrhein schon im Oktober an die Arbeitgeber mit einem Antrag auf Arbeitszeitverkürzung herantreten seien. Damals hatten sich die Arbeitgeber auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt. Bei den nun eingeleiteten Verhandlungen, die auf Anregung des Herrn Gewerberats Hoffmann stattfinden, erklärten die Arbeitgeber sich zu einer Arbeitszeitverkürzung bereit. Es wurden für die Betriebe Niederrheinische Werke zu Goch, Klever Dmühle, G. m. b. H., zu Kleve, Holstein-Werke, G. m. b. H., zu Spynck und für die Feinraffinerie Clivia zu Kleve Vereinbarungen dahingehend getroffen, für die Pressarbeiter in den Fabriken das Vierstundensystem à sechs Stunden einzuführen. Für die übrigen Betriebsarbeiter und für die Clivia wurde grundsätzlich die vierzigstündige Arbeitswoche vereinbart.

Die Industrie am Niederrhein hatte geplant, eine größere Anzahl der Beschäftigten zu entlassen. Zu diesem Zwecke hatten die Firmen die Stilllegung der Betriebe beantragt. Nachdem diese Vereinbarung zustande gekommen war, wurden diese Stilllegungsanträge zurückgezogen. Die geplanten Entlassungen wurden nicht vorgenommen, im Gegenteil, es sollen in den drei Fabriken am Niederrhein anstatt der geplanten Entlassungen rund 50 Arbeiter neu eingestellt werden. Die in den Betrieben beschäftigten Kollegen bringen durch diese Kurzarbeit große Opfer, da die Betriebe von vornherein jeden Lohnausgleich ablehnten. Die Kollegen glauben aber diese Opfer bringen zu müssen, damit der Arbeitsmarkt nicht durch neue Entlassungen weiter belastet wird; im Gegenteil, er wird durch Neueinstellungen entlastet.

Neuerdings ist nun auch die Fabrik Hubbe-Farenholz in Magdeburg dazu übergegangen, eine Arbeitszeitverkürzung einzuführen. Es konnten dadurch 60 Leute in diesem Betriebe neu eingestellt werden. Anzuerkennen ist, daß das Wohlfahrtsamt in Magdeburg sich bereit erklärte, in sechsmonatigen den Arbeitern dieses Betriebes eine runde Summe von 5000 Mark zur Verfügung zu stellen, damit für die Zeit, in der die Leute nicht beschäftigt werden, die sozialen Beiträge gezahlt und auch sonstige Härten ausgeglichen werden können. Hier ist also ein anderer Weg beschritten worden. Man hat in Magdeburg nicht die vierzigstundenschicht dadurch eingeführt, daß jeder Arbeiter einen Tag in der Woche aussetzt, sondern die Kollegen arbeiten fünf Wochen voll und die sechste Woche setzt jeder aus. Lohnausgleich ist auch hier abgelehnt. Unsere Magdeburger Kollegen glauben aus gleichen Gründen, wie oben geschildert, dieses Opfer bringen zu müssen.

Diese Ausführungen zeigen, daß zwecks Verkürzung der Arbeitszeit und Entlastung des Arbeitsmarktes die verschiedensten Wege gegangen werden können. In den Betrieben, die ständig durcharbeiten, greift man für die Pressen- und Fabrikationsarbeiter zur Sechsstundenschicht. Der Ausfall für die Beteiligten beträgt hier 12 Stunden pro Woche. In anderen Orten, in denen die Einführung der Sechsstundenschicht nicht ganz möglich ist, greift man zur vierzigstundenschicht oder man setzt jede sechste Woche — wie das Beispiel in Magdeburg zeigt — aus. Es muß anerkannt werden, daß die Arbeitgeber der Industrie die grundsätzliche Stellung gegen eine Arbeitszeitverkürzung als erste Arbeitgebergruppe angegeben haben. Sie haben anerkannt, daß durch eine Wiedereinführung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess der Arbeitsmarkt entlastet werden kann. Andere Arbeitgeber aber halten noch immer daran fest, jede weitere Arbeitszeitverkürzung abzulehnen. Wie lange noch? E. Senfteil.

Geschäftsschlüsse in der Stärkeindustrie.

Auch die Stärkeindustrie haben in den letzten Jahren fortwährend unter schlechten Absatz, niedrige Preise und dergleichen Dinge gelitten. Mit der Stärkeindustrie verbunden ist die Kartoffelmehlindustrie. Die Industrie wird immer mehr von einigen Großkonzernen beherrscht. In der Kartoffelmehlindustrie sind in erster Linie die beiden Firmen E. A. Köhlermann & Co., AG., und Schöller, AG., anzuschließen.

Aus dem Geschäftsbericht für die Stärke-Fabrik AG., vormals E. A. Köhlermann & Co., zu Frankfurt a. M. oder, entnehmen wir: Die Kartoffelmehlindustrie war im Jahre 1929 sehr groß, so daß die Landwirtschaft Mühe hatte, den Überfluß unterzubringen. Die Stärkeindustrie konnte wegen Absatzschwierigkeiten bei ihrem Fertigfabrikat die angebotenen Kartoffelmengen bei weitem nicht aufnehmen. Die sechs Stärkefabriken der Gesellschaft arbeiteten höchsten drei Monate. Es ergibt sich, daß gewöhn-

schaffliche kleinere Betriebe 3. T. länger arbeiteten. Die Verarbeitungsfabrik in Frankfurt, die Glukole, Dextrin und Couleur herstellt, war das ganze Jahr hindurch beschäftigt, wurde aber nicht ausreichend ausgenutzt. Die Bestände an Kartoffelmehl konnten, wenn auch reichlich verspätet, voll abgesetzt werden. Die Preise sind im Laufe des Jahres um rund 7 Mk. gesunken, das hat das Gewinnergebnis geschmälert. Rationalisierung in den Betrieben aber frug dazu bei, daß das Gewinnergebnis nicht noch niedriger war. Beklagt wird darüber, daß die Kartoffelpreise im Durchschnitt unter Vorkriegspreise liegen.

Der Bericht hebt besonders hervor, daß die jahrelangen Bemühungen zwecks Zusammenschlusses des Stärkegewerbes mit Unterstützung der Behörden greifbare Gestalt angenommen haben. Man erhofft durch diesen Zusammenschluß eine Besserung für die Industrie. Die Kosten dafür werden die Konsumenten tragen müssen. Die vorliegende Bilanz schließt mit 6.781.815,98 Mk. ab. Bei einem Aktienkapital von 3.785.000 Mk. ist ein Reingewinn von 200.985,55 Mk. erzielt. Auf die Stammaktien ist eine Dividende von 6 Prozent und auf die übrigen Aktien ist eine solche von 4 Prozent verteilt. 30.585 Mk. werden vorgelagert.

In dem Bericht der Schollen-Stärke- und Sirupfabriken, AG., zu Brandenburg a. d. Havel, wird über Kartoffelpreise, mangelnden Absatz, sinkende Preise für Fertigprodukte usw. daselbe gesagt wie in dem Bericht von Köhlermann & Co. Bei Schollen wird außerdem betont, daß die Gründung zweier Verkaufskontore, in denen die gewerblichen und genossenschaftlichen Stärkefabriken zusammengeschlossen sind, bei Kartoffelprodukten eine bessere Nachfrage und ein leichtes Anziehen der Preise gebracht hat. Eine wirkliche Besserung der Lage könne aber nur vermehrter Verbrauch bringen. Auch hier wird also auf den Zusammenschluß der Industrie große Hoffnung gesetzt. Die Bilanz dieser Firma schließt mit 4.259.415,60 Mk. ab. Das Aktienkapital beträgt 2.700.000 Mk. Es ist im Geschäftsjahre 1929/30 ein Verlust von 71.835,82 Mk. zu verzeichnen.

Wir haben also hier das Resultat, daß zwei größere Gesellschaften in gleicher Branche das Geschäftsjahr recht verschieden abschließen. Beide Geschäftsberichte klagen über mangelnden Absatz, niedrige Preise usw., und doch verteilt die eine Gesellschaft noch eine Dividende von 4 bis 6 Prozent, die andere schließt mit einem Verlust ab. Die beiden Geschäftsschlüsse zeigen, daß die technische Umstellung der Betriebe, wie besonders in dem Bericht von Köhlermann betont wird, ihre Rentabilität hebt. Beide Firmen hoffen, daß infolge des Zusammenschlusses der Industrie, der von der Verordnung vom 1. Dezember 1930 stark gefördert wird, größere Vorteile für sie herauspringen werden. Hoffentlich denken die Unternehmer dann auch daran, daß sie ihre Arbeiterschaft so bezahlen, daß sie die eigenen Produkte, die sie herstellen, kaufen können. E. Senfteil.

Aus den Leitfäden für den NS.-Betriebsfunktionär.

„Entlassungen, die wegen Arbeitsmangels erfolgen, stimme grundsätzlich nicht zu! Ist jedoch die Entlassung oder der zur Entlassung Vorgehene offener Bekennner und Verteidiger der Erfüllungspolitik oder als Mitglied der Young-Parteien faktisch bekannt, dann hat er seine Entlassung mitverschuldet, und daher stimme in solchen Fällen der Entlassung unter Angabe einer entsprechenden Erklärung zu!“

Die Anweisung besagt: Du hast als Nationalsozialist die Pflicht, deinen Arbeitskollegen gegenüber ein ganz gemeiner Kerl zu sein.

Verschiedene Industrien

Beifedernindustrie im Jahre 1930.

Die Beifedernindustrie arbeitet in der Hauptsache für den inländischen Konsum. Die Einfuhr von Rohwaren ist deshalb höher als die Ausfuhr. Die Beschäftigung in der deutschen Beifedernindustrie war im Berichtsjahre verschieden. Es sind Betriebe festgesetzt, die mit normaler Arbeitszeit das ganze Jahr hindurch arbeiteten. Andere Betriebe haben wieder des öfteren verkürzt gearbeitet. Vorübergehende Stilllegungen waren in einigen Fällen zu verzeichnen.

Der Außenhandel ist im Berichtsjahre in Ein- und Ausfuhr der Menge und dem Werte nach zurückgegangen. Der Doppelzentnerdurchschnittswert hat sich gesenkt. Aber die Entwicklung des Außenhandels mit Beifedern, roh und Beifedern, gereinigt und zugerichtet, geben nachstehende Tabellen Auskunft:

Beifedern, roh:

Jahr	Ein- fuhr				Ausfuhr			
	Mengen in dz	1913 = 100	Wert in 1000 RM.	1913 = 100	Mengen in dz	1913 = 100	Wert in 1000 RM.	1913 = 100
1913	91.900	100	25.928	100	5.623	100	965	100
1925	89.833	97	36.812	142	1.161	20	339	35
1926	74.608	81	27.816	107	1.064	18	330	34
1927	100.958	109	39.999	154	1.671	29	337	34
1928	97.924	106	41.799	161	2.066	37	380	39
1929	98.219	106	41.261	159	2.675	47	741	76
1930	69.892	76	28.551	110	2.050	36	409	42

Die Aufstellung zeigt, daß die Einfuhr 1913 der Menge nach in den Nachkriegsjahren zum Teil überschritten und zum Teil nicht erreicht worden ist. Unter der Einfuhr von 1913 sind die Jahre 1925, 1929 und 1930 geblieben. 1930 ist die Einfuhr um 24 Prozent unter die von 1913 gefallen. Wertmäßig hingegen ist in den Nachkriegsjahren gegenüber 1913 eine Steigerung festgesetzt. Der Durchschnittsdoppelzentnerwert in der Einfuhr hat ebenfalls eine steigende Tendenz gegenüber 1913 zu verzeichnen, allerdings ist er gegenüber 1928 und 1929 gering gesunken. Die Ausfuhr erreichte 1930 nur 36 Prozent der Ausfuhr von 1913 der Menge nach; dem Werte nach 42 Prozent. Der Doppelzentnerdurchschnittswert hat zwar gegen 1913 eine Steigerung erfahren, ist aber 1930 gegenüber 1929 merklich gesunken.

Beifedern, gereinigt und zugerichtet

Jahr	Einfuhr				Ausfuhr			
	Mengen in dz	1913 = 100	Wert in 1000 RM.	1913 = 100	Mengen in dz	1913 = 100	Wert in 1000 RM.	1913 = 100
1913	9.229	100	4.355	100	12.422	100	5.047	100
1925	13.199	143	7.732	200	5.454	44	3.708	73
1926	9.878	99	7.611	174	6.591	53	4.116	81
1927	14.789	160	10.463	240	7.182	57	4.552	90
1928	17.175	185	11.850	272	7.704	62	4.844	95
1929	20.641	224	14.858	341	8.553	68	5.245	103
1930	15.977	173	10.874	249	7.500	60	4.416	87

Die Einfuhr von Beifedern, gereinigt und zugerichtet, hat sich 1930 im Vergleich zu 1913 erhöht, und zwar um 60 Prozent. 1929 hatte die Erhöhung sogar 101 Prozent erreicht. Dem Werte nach ist eine Erhöhung 1930 im Vergleich zu 1913 von 119 Prozent festgestellt; 1929 betrug die Erhöhung 241 Prozent. Der Doppelzentnerdurchschnittswert betrug 1913 438 Mk. und 1930 680 Mk. Der höchste Durchschnitt wurde 1925 mit 964 Mk. erreicht.

Die Ausfuhr von Beifedern, gereinigt und zugerichtet, ist zurückgegangen. 1913 wurden 12.422 Doppelzentner im Werte von 5.047.000 Mk. eingeführt. 1930 betrug die Ausfuhr 7500 Doppelzentner im Werte von 4.416.000 Mk. Das ist ein mengenmäßiger Rückgang von 40 Prozent und ein wertmäßiger von 13 Prozent. Der höchste Stand der Ausfuhr in der Nachkriegszeit wurde 1929 mit 8553 Doppelzentner im Werte von 5.245.000 Mk. erreicht. Von 1929 auf 1930 ist die Ausfuhr mengenmäßig um 8 Prozent und wertmäßig um 18 Prozent zurückgegangen. Der Doppelzentnerdurchschnittswert betrug 1913 406 Mk. und 1930 589 Mk. Der höchste Durchschnittswert pro Doppelzentner wurde 1925 in Höhe von 674 Mk. erreicht.

Von der Senkung der Rohfedereinfuhr 1930 gegenüber 1929 wurden alle für diese Einfuhr in Frage kommenden Länder betroffen. Einige sogar sehr hart. So ist die Ausfuhr von Rohfedern Frankreichs nach Deutschland von 10.532 Doppelzentner im Jahre 1929 auf 6793 Doppelzentner im Jahre 1930 zurückgegangen; die Großbritanniens von 2441 Doppelzentner auf 737 Doppelzentner; die Dänemarks von 1683 Doppelzentner auf 636 Doppelzentner und die Chinas von 21.432 Doppelzentner auf 13.722 Doppelzentner. Annähernd gleichgeblieben ist die Einfuhr aus Rußland.

In der Einfuhr von Beifedern, gereinigt und zugerichtet, sind, prozentual gesehen, ähnliche Erscheinungen festzustellen wie bei der Einfuhr von Rohfedern. Eine Ausnahme machen Polen, Dänemark und das Saargebiet. Diese Länder konnten ihre Ausfuhr nach Deutschland erhöhen. S. Efflein.

Frauenfragen.

Berufstätige Frauen und Verbrechen.

Auch die Frauen kommen mit den bestehenden Gesetzen in Konflikt. Namentlich in einer Zeit wie der gegenwärtigen, wo die Not die Menschen aus der Bahn wirft. Unter den Gefängnisinsassen bilden die Frauen einen nicht geringen Teil. Im „Berliner Tageblatt“ berichtet die Leiterin des Berliner Frauengefängnisses aus ihren Wahrnehmungen u. a. folgendermaßen: „Unter den unglücklichen Frauen, die mit am ersten Tag der Gefangenschaft von den drückendsten Sorgen berichten, kommen die wenigsten aus einem Dasein, in dem der Beruf eine entscheidende Rolle gespielt hat. Frauen, die mit wirklichem Interesse und innerer Freude am Beruf arbeiten dürfen, werden sehr selten kriminell. Aber die übermenschliche Arbeitslast der proletarischen Frau führt auch zu erschütternden Klagen über die Unerfüllbarkeit der Lebensanforderungen: „Ich wollte, ich könnte in meiner Familie bleiben, könnte Mutter sein, dann wäre alles besser.“

— In der Gefangenschaft gilt die erste drückende Angst dem zurückgebliebenen Mann, nicht den Kindern. „Darf ich meinem Mann einen Brief schreiben, damit er zu mir hält, wenn ich zurückkomme, damit er die Wohnung nicht aufgibt!“ Glücklicherweise lassen die meisten Männer krimineller Frauen, wenn sie selbst in geordneten Verhältnissen leben, ihre Frauen nicht in Stich. Wenn der Mann aber unverzorgt ist, keinen Beruf hat, kommt die Frau nach ihrer Gefangenschaft in ein zerstörtes Leben.“

Jugendbewegung.

Wandern als Mittel in unserer Jugendarbeit.

Abgesehen von mancherlei politischen Einflüssen, die heute die gesunde Jugendentwicklung hemmen, gibt es dafür auch noch sehr gewichtige psychologische Gründe, die vom Menschen selbst ausgehen. Dabei ist in erster Linie das soziale Leben selbst zu beachten. Die ganze Gestaltung des Betriebslebens, die Mechanisierung des Produktionsprozesses und die darauf basierende Mechanisierung des eigenen persönlichen Daseins drücken immens auf das Jugendleben. Eine freie Entfaltung der eigenen Anlagen und Fähigkeiten ist nicht mehr möglich. Der Mensch wurde zum Maschinenteil im Gesamtmechanismus des Betriebes. Das zieht schlimme kulturelle Folgen nach sich. Man wird verbittert, gleichgültig, ja oft sogar nach seinem Gefühl jeder Verantwortlichkeit gegen sich und andere entzogen. Das verminderte Verantwortungsgesühl hemmt natürlich jede aufbauende sozialistische und gewerkschaftliche Tätigkeit.

Im kulturellen Leben sehen wir das Abgleiten in die Oberflächlichkeit, in die Phrasen, ins Postieren und in flache Genußfähigkeit. Das ist nur ein innerer Auflösungsprozess auf Grund der oben skizzierten Lebens- und Produktionserscheinungen. Irgendwie muß man von den inneren Spannungen befreit werden. Meist wirkt sich das für den Jugendlichen — ohne seine Schuld — in falschen Bahnen aus. Sein tätiger Umgang, der Betrieb, die Straße, das Wirtschaften, der Tanzsaal und — nicht zuletzt — die politische Phrasenreue tun das übrige. Nur in der gesunden Jugendbewegung, die auch in Hinsicht zukünftiger Lebensziele klar sieht, wird eine andere Entwicklung gezeitigt.

Was gibt es dabei in bezug auf den jugendlichen Charakter noch besonders zu beachten? Wir verzeichnen heute eine völlige Unterdrückung der Persönlichkeitswerte. Das wirkt sich besonders beim jugendlichen gefährdend aus. Der übermäßige Geltungsdrang in vielen Jüngeren ist ein probates Beispiel dafür. Zudem erfolgte durch die Lebensentwicklung eine völlige innere Verkümmung. Niemand geht gern aus sich heraus. Jeder lebt sein Eigenleben. Deshalb wird es auch so schwer, das völlige Aufgehen in der Organisation, in der Gemeinschaft zu festigen. Die individuelle Lebendigkeit wurde in den letzten Jahrhunderten zu sehr unterdrückt. Starke Erziehungsfäden sprechen dabei mit. Und in allen diesen Fragen gilt es, das Empfinden des Menschen — und besonders des jugendlichen — aufzulockern, in jedem einzelnen, in den Gruppen.

Und in dieser Hinsicht hat sich als sehr wertvoll das Wandern erwiesen. Gemäß arbeitet man dabei ursprünglich sehr stark mit Gefühlsmomenten. Aber die gefühlsmäßige Erfassung des Jugendlichen wird anfangs ja auch immer die primäre Rolle spielen. Erst später in der aktiven Mitarbeit erfolgt die klare Bewußtseinsbildung. Mit dem Wandern erreicht man vorerst zumindest, daß der Jugendliche sich draußen befreit fühlt, daß er aufatmet, und ungehemmte Luft zum Rumpfollen ihn erfüllt. Die körperlichen Befreiungsgefühle wirken sich dann in Sport und Spiel aus. Das soll man auch nur eindämmen, wenn es zum Selbstzweck wird.

Mit dem körperlichen Frei- und Frohgefühl setzt aber in den nächsten Jahren auch die innere Befreiung ein. Alles, was vorherkampf war, löst sich. Die Anteilnahme an den verschiedensten politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Dingen wird im Jugendlichen wacher. Und dann setzt auch die Intensivierung seines Gefühls- und Verstandeslebens in Richtung der sozialistischen Gemeinschaft ein. Dabei hilft vornehmlich die im heutigen Jugendleben eine große Rolle spielende urwüchsige Gruppenneugier, deren Wert man nicht unterschätzen darf.

Mithilfe in dieser Entwicklung wird aber immer wieder das Wandern bringen. Das Schauen in der Natur weckt das Interesse für die Entwicklung des Lebens. Das Naturerlebnis stärkt die Lebens- und Arbeitskraft jedes einzelnen. Der weite Rundblick über die Landschaft fördert auch den Weitblick im Leben selbst. Neben jeder sonstigen Aktivierung des Jugendlichen durch politische oder gewerkschaftliche Mitarbeit sollte daher immer das Wandern als belebendes Element nicht vergessen werden. Das gilt selbst für den engeren Kreis unserer Gewerkschaftsarbeit. Denn auch dort ist Lebendigkeit und Vielseitigkeit durchaus am Platze. Dazu ist besonders noch zu beachten, daß die gemeinsame Arbeit zwischen Mädel und Jungen, die für jede sozialistische Tätigkeit so überaus wichtig ist, durch die gemeinsamen Wanderungen gleichfalls besondere Förderung erfährt. So fügt Wandern die vielen einzelnen ebenso zur Gemeinschaft wie die feste sozialistische Erkenntnis. al.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Abbau der Invalidenversicherung?

Die Träger der Invalidenversicherung, die sogenannten Landesversicherungsanstalten, haben sich einen Reichsverband gegründet, dessen „Ständiger Ausschuß“ seinen Sitz in Kassel hat. An diesen Ständigen Ausschuß ist ein Brief des Landrats Dr. Goeje von der Landesversicherungsanstalt Brandenburg gerichtet, der einen Generalspruch auf die Invalidenrenten einzuleiten bestimmt ist. In diesem Brief, der auf dem Provinziallandtag der Provinz Brandenburg dieser Tage infolge der Wachsamkeit sozialdemokratischer Abgeordneter zur Besprechung kam, findet sich eine Serie solcher Abbauvorschläge.

Wenn die Renten gesenkt werden, kann man ja dafür eine ganze Anzahl ehemaliger Leutnants, Hauptleute usw. als Angestellte unterbringen. Vielleicht ist das der Zweck der Abzug.

Achtung, Versichertel!

Die erregten Auseinandersetzungen über Zweckmäßigkeit und soziale Berechtigung der durch die Notverordnung durchgeführten Änderungen im Krankenversicherungsrecht haben ein wenig das klare Bild dessen verwischt, was nun tatsächlich durch diese Notverordnung bestimmt worden ist. Dies ist vor allem dort zu beobachten, wo durch mangelnde Kenntnis des Gesetzes dem Versicherten beträchtliche Nachteile erwachsen können.

Ganz besonders muß darauf hingewiesen werden, daß nach den neuen Bestimmungen „der Anspruch auf Krankengeld ruht, solange die Arbeitsunfähigkeit der Rasse nicht gemeldet wird. Dies gilt nicht, wenn die Meldung innerhalb einer Woche nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit erfolgt“. Zweck dieser Bestimmung ist, die Krankenkassen vor nachträglicher Inanspruchnahme des Krankengeldes ohne Möglichkeit einer Nachprüfung der Arbeitsunfähigkeit zu schützen. Es gilt also nicht mehr angängig, mit der Krankmeldung etwa bis zur Beendigung der Krankheit zu warten. Die ärztliche Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit ist, um einen Verlust des Krankengeldes zu vermeiden, sofort oder spätestens innerhalb einer Woche der Krankenkasse zu übergeben.

Eine vom sozialen Standpunkt aus sehr zu begrüßende Neuerung ist das Recht der überlebenden Ehegatten zur Fortführung der Versicherung des Verstorbenen. Die Bestimmung lautet: „Stirbt ein Mitglied, so kann der überlebende Ehegatte, wenn er nicht selbst auf Grund eines Reichsgeldes für den Fall einer Krankheit versichert ist, die Mitgliedschaft unter denselben Voraussetzungen und in derselben Weise wie ein Mitglied fortsetzen.“ Was also der verstorbene Ehegatte in den vorangegangenen 12 Monaten auf Grund der Reichsversicherung oder bei dem Reichsknappschaftsverein mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vor seinem Tode mindestens sechs Wochen versichert, so kann die Mitgliedschaft von dem überlebenden Ehegatten fortgesetzt werden. Dieser muß jedoch seine Absicht, Mitglied zu bleiben, binnen drei Wochen nach dem Todesfall der Rasse mitteilen. Zu dem gleichen Zeitpunkt oder auch später kann das weiterversicherte Mitglied entsprechend seinen Einkommensverhältnissen seine Versicherung in eine niedere Beitragsstufe der betreffenden Rasse übertragen.

Die Möglichkeiten der freiwilligen Versicherung werden ferner allgemein dadurch verbessert, daß nunmehr die Versicherung bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse oder Landeskrankenkasse des Wohnortes fortgesetzt wird.

Auch die Bestimmungen über die Befreiung von Krankengeldbeitrag und Arzneikostenbeitrag können nur dann sich auswirken, wenn sie den Versicherten bekannt sind und diese ihren Befreiungsanspruch geltend machen. Von Behandlungsgebühren und Arzneikostenbeitrag sind befreit — jedoch nur für ihre Person, nicht für die Familienangehörigen — alle irgendwie öffentlich unterstützten Arbeitslosen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsrentner, Schwerekriegsbeschädigte und Schwereunfallverletzte sowie bedürftige Eberhälftige und Geschlechtsranke. Ferner braucht der Kostenanteil für weitere Verordnungen nicht mehr gezahlt zu werden, wenn die Arbeitsunfähigkeit bereits länger als zehn Tage dauert. Außerdem kann der Behandlungsschein in dringenden Fällen, insbesondere bei Unfällen, oder wenn wegen der mit der Abholung des Scheines verbundenen Umstände der Arzt nicht mehr rechtzeitig helfen konnte, nachträglich eingeholt werden. Bei besonderer Bedürftigkeit kann die Krankengeldbeitragsgebühr — besonders für Familienhilfe — gestundet und gegebenenfalls später niedergezahlt werden.

Pflicht der organisierten Arbeiterschaft ist es, nicht nur im gegebenen Falle selbst von den in der Sozialversicherung gewährten Rechten Gebrauch zu machen, sondern vor allem auch weniger geschulte Arbeitskollegen anzuklären und ihnen Helfer und Berater zu sein.

Genossenschaftsbewegung.

Der Rückgang der Bautätigkeit im Jahre 1930.

Nach den Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung ist im Jahre 1930 um etwa 20 v. H. weniger als im Jahre 1929 gebaut worden. Das bedeutet für die Bauwirtschaft einen Ausfall von rund 1,8 Milliarden Reichsmark. Auf Grund der Arbeitslosenstatistik des Deutschen Bauwerksbundes, nach der im Durchschnitt des Jahres 1930 die Beschäftigtenzahl um mehr als ein Viertel unter der des Jahres 1929 lag, erhöht sich der Ausfall sogar auf rund 2 1/2 Milliarden Reichsmark.

Diese erhebliche Stöckung der Bautätigkeit ist auch auf die Beschäftigtenzahl der sozialen Baubetriebe nicht ohne Einfluß geblieben. Sie ist von 17 778 im Jahresdurchschnitt des Jahres 1929 um rund 12,5 v. H. auf 15 554 im Jahresdurchschnitt des Jahres 1930 zurückgegangen.

Die „Soziale Bauwirtschaft“, Nummer 4, vom 15. Februar 1931, der wir obige Angaben entnehmen, schließt an diese Feststellung die amtlich ermittelten Zahlen über den zu deckenden Wohnungsbedarf an. Nach einem von Ministerialrat Lehmann gehaltenen Vortrag ist für das Jahr 1931 mit einem Zuwachsbedarf von 165 000 und für das Jahr 1932 von 170 000 Wohnungen zu rechnen. Im Durchschnitt der nächsten zehn Jahre dürfte ein Zuwachsbedarf von 130 000 Wohnungen angenommen werden können. Würde der tatsächliche Wohnungsbedarf von mindestens 130 000 Wohnungen und der Zuwachsbedarf auf zehn Jahre verteilt, so ergäbe sich allein für Preußen ein jährlicher Durchschnittsbedarf von 175 000 Wohnungen in den nächsten zehn Jahren.

Während in der Vorkriegszeit in Preußen jährlich 135 000 bis 150 000 Wohnungen gebaut worden seien, könnten bei den jetzt zur Verfügung stehenden Hauszinssteuermitteln von 200 bis 210 Millionen Reichsmark günstigstenfalls 65 000 Wohnungen mit Zufußläsen gebaut werden. Für das Reich kämen 140 000 Wohnungen in Frage. Selbst nach Abzug der von den verschiedenen öffentlichen Stellen geförderten Wohnungsbauten blieben immer noch 55 000 Wohnungen übrig, für die keine Mittel vorhanden seien. Ein trostloses Bild nach jeder Richtung hin.

Nationalsozialismus ist Unsinn.

Der völkische Abgeordnete v. Graefe schrieb in den „Deutschen Nachrichten“ vom 11. Mai 1930, daß ihm ein bekannter Großindustrieller gesagt habe: „Das Wirtschaftsprogramm Hitlers ist natürlich Unsinn; ich unterstütze seine Bewegung aber, weil sie die Arbeiter aus der Sozialdemokratie herausziehen will.“ — Damit hat der Unternehmer zum Ausdruck gebracht, daß der Nationalsozialismus den Kampf gegen Arbeiter im Interesse der Unternehmer führt.

In einem weiteren Aufsatz „Unser Wohnungsbauprogramm als Weltanschauungsfrage“ stellt Stadtdirektor Dr. Seinel Einkommen und Wohnungsmiete mit dem Ergebnis gegenüber, daß 76 v. H. aller erwerbstätigen Volksgenossen auf Kleinstwohnungen angewiesen seien. Kann auch die Kleinstwohnung nicht als eine ideale Lösung gelten, so verdienen doch die Bestrebungen, in Anpassung an die Reichsgrundstücke einigermaßen erträgliche Kleinstwohnungen zu schaffen, Beachtung. Die Gehag-Ausstellung 1931 in Berlin bringt eine solche Lösung. Die 36,06 Quadratmeter Wohnfläche entfallende zweikammrige, mit Bad und elektrischem Licht versehene Gehag-Wohnung kann auf Grund verbindlicher Angebote für 7520 Reichsmark gebaut und gegen eine Monatsmiete von 37,15 Reichsmark abgegeben werden. Die Grundrisse der in Originalgröße ausgestellten Gehag-Wohnungen werden mit einem entsprechenden Bericht in der „Sozialen Bauwirtschaft“ wiedergegeben. Die gleichfalls abgedruckten wichtigen Entschlüsse des Preussischen Landtages zum Wohnungsbau 1931 und die auszugswweise wiedergegebenen wichtigsten Presseäußerungen zu den Reichsgrundstücken runden das Gesamtbild der Lage des Wohnungsbaues im Jahre 1930 ab.

Ausland.

Arbeitslosigkeit und Einwanderungsbeschränkungen.

W.B. Die als Folge der Weltwirtschaftskrise in allen Industrieländern auftretende Arbeitslosigkeit, von der nach den Schätzungen des Internationalen Arbeitsamts etwa 20 Millionen Menschen betroffen werden, führt in allen Einwanderungsländern zu mehr oder weniger weitgehenden Einwanderungsbeschränkungen. Argentinien hat bereits am 16. Oktober 1930 zur Verhinderung unerwünschter Einwanderung durch einen Erlass bestimmt, daß Seekulde, die in Argentinien an Land gehen wollen, nach Anknüpf des Schiffes alle für Einwanderer geforderten vorgeschriebenen Formalitäten erfüllen müssen.

Durch einen Erlass vom 14. Dezember 1930 hat Brasilien ebenfalls eine der Maßnahmen zur Bekämpfung der einheimischen Arbeitslosigkeit die Ausschiffung von Passagieren dritter Klasse verboten, sofern sie nicht in Brasilien anständig oder mit einer Bescheinigung, die ihre Zulassung für landwirtschaftliche Arbeiten vorseht, versehen sind oder einen ordnungsmäßigen Arbeitsvertrag nachweisen. Ähnliche Vorkehrungen sind in den letzten Monaten in Nicaragua und der Dominikanischen Republik ergangen.

Dem Senat und dem Abgeordnetenhause der Vereinigten Staaten von Nordamerika liegen Anträge vor, die Einwanderung für einen bestimmten Zeitraum ganz zu verbieten. Am 16. Dezember hat sich der Einwanderungsausschuß der Kammer für diesen Vorschlag ausgesprochen.

In Australien hat die Bundesregierung beschlossen, jede fremde Einwanderung in Australien so lange zu verbieten, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse sich gebessert haben.

Arbeitslose Jugend in der Sowjetunion.

Das Volkskommissariat für Arbeit der Sowjetunion hat, nach „Sa Industrialisazija“ vom 3. Februar, die Bilanz der jugendlichen Arbeitskräfte in den Städten der Sowjetunion aufgestellt. Insgesamt wird die Zahl der Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren in der Städte der Sowjetunion im Jahre 1930 auf 1 805 000, im Jahre 1931 auf 1 895 000 (darunter männliche Jugendliche 952 000 bzw. 1 122 000) geschätzt. Von diesen Jugendlichen sollen 61 000 im Jahre 1930 und 97 000 im Jahre 1931 in verschiedenen Schulen (die Werkstätten nicht eingerechnet) in der Ausbildung begriffen sein. Der Rest — d. h. 1 741 000 im Jahre 1930 und 1 798 000 im laufenden Jahre — kommen somit für den Arbeitsmarkt (und die Lehre) in Frage. Es haben gearbeitet (die Werkstätten und sonstige Formen der Lehrerschaft mit berücksichtigt) im Jahre 1930 nur 549 000 Jugendliche im angegebenen Alter (darunter 363 000 männliche und 186 000 weibliche). Im Jahre 1931 soll sich die Zahl der beschäftigten Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren in den Städten

der Sowjetunion auf 1 008 000 (610 000 männliche und 398 000 weibliche) erhöhen. Die Zahl der Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren, die weder eine Schule besuchen noch in die Lehre, noch in die Arbeit gehen, soll somit in den Städten der Sowjetunion im vorigen Jahre nahezu 1 200 000, d. h. 66 v. H. der Gesamtzahl der Jugendlichen in diesem entscheidenden Alter betragen haben. Und selbst wenn der oben angedeutete Plan durchgeführt werden sollte, so wird im laufenden Jahre in den russischen Städten die Zahl der Jugendlichen, die nicht arbeiten und nicht lernen, nahezu 800 000, oder rund 42 v. H. erreichen. Wenn man sich insbesondere die Verhältnisse der proletarisierten russischen Stadt vergegenwärtigt, so sprechen diese Zahlen von einer drückenden Arbeitslosigkeit unter der städtischen Jugend der Sowjetunion.

Rundschau.

Schoff ist tot.

Die Werkerzeitung „Arbeit und Recht“, Nr. 10, vom 7. März 1931, singt ein Loblied auf Friedrich Schoff, den im Februar 1931 verstorbenen Senior der Zementwerke Leimen bei Heidelberg. „Verständnisvolle Zusammenarbeit mit den Arbeitern seiner Werke“ ist der Grundton des Lobliedes. Wer von Schoffs Arbeitern nicht gerade Sklavensinn hatte, der dachte über Schoff anders. Schoff schuf Sklaven. Er gestattete seinen Arbeitern nicht die Zugehörigkeit zu einer freien Organisation. Seine Werkzeuge waren entsprechend dreifach. Alle Organisierten wurden auf die Straße geworfen. Insbesondere auch die Mitglieder des Konsumvereins Leimen, den er zu ruinieren gedachte. Ebenso erging es den sozialdemokratischen Gemeinderatsmitgliedern. Mit dem ganzen Haß eines kleinen Geistes verfolgte er alles, was nach freier Menschlichkeit roch.

Der Schreiber dieser Zeilen hat im Jahre 1906 vor Arbeitern des Zementwerkes geredet. Herr Schoff kam selbst in die Versammlung. Als ich Herrn Schoff erklärte, sein System der Versklavung werde sich einmal rächen, da sagte Herr Schoff: „Aber wir haben auch noch Gewehre und Kanonen.“

Daß die Werkerzeitung diesen Mann lobt, ist bezeichnend. Schließlich sind doch die Ziegenzuchtvereine, Turnvereine, Musikkapellen, Freitrier und Wurfsteine u. dgl. kein Erfolg für geistige Freiheit.

Thälmann aus dem Gesamtverband ausgeschlossen.

Die „Rote Fabne“ wundert sich, daß der Gesamtverband Thälmann ausgeschlossen hat. Logischerweise hätte Thälmann selbst gehen müssen. Aber es gibt noch mehr Dickschulle, die es für richtig halten, dieselbe Partei zu fördern und mit Geldmitteln zu unterstützen, die sich zur Hauptaufgabe gemacht hat, die Gewerkschaften zu zerstören, selbstverständlich auch die Gewerkschaft, der sie angehören. Schon aus Reinklichkeit müßten solche Leute die Konsequenzen ziehen. Sie scheinen aber ihre traurige Rolle, die sie spielen, nicht zu erkennen.

Dr. Eckener und der Marxismus.

In Bremen ging, einem alten Herkommen entsprechend, am 6. Februar dieses Jahres die „Schaffermahlzeit“ vor sich. Da wurden viele Reden geschwungen, wogegen nichts zu sagen ist, wenn jeder nur über das spricht, was er versteht. Wenn aber Dr. Eckener über Marxismus redet, dann wagt er sich auf ein für ihn gefährliches Gebiet. Eckener sprach über seinen Empfang in London und lobte den Sinn der Engländer für die Erhaltung alter Sitten und Gebräuche, der ihm auch hier in Bremen begegnete. Dieses konservative Festhalten an alten Bräuchen und Gewohnheiten, denen ein tiefer Sinn innewohnt, erweise sich als ein Ruhepunkt in der heutigen Zeit. (Siehe Deutschnationale und Nationalsozialisten. Die Red.) Man spreche davon, daß der Kapitalismus die Menschheit versklave. Ihm sei die Geistesrichtung des Marxismus immer unverständlich gewesen. Jeder, der die Menschen früher gekannt habe, wisse, daß erst durch den Kapitalismus die Menschheit zu dem heutigen Lebensstandard gekommen sei. Daß der Marxismus eine Irrlehre sei, stehe vollkommen fest, er sei verantwortlich für die große Kluft zwischen Arbeitern und Unternehmern, er habe den Haß ins Volk getragen, der heute die Unternehmer von einem großen Teil der Bevölkerung scheide.

Wenn Eckener sagt, ihm sei die Geistesrichtung des Marxismus immer unverständlich gewesen, so glaubt man ihm das aus Wort. Er versteht überhaupt nichts vom Marxismus. Dafür hat er aber vorher auch seine Geistesrichtung betont, die ins Mittelalter weist.

Wenn die Luftschiffe Eckeners so miserabel wären wie seine Auffassung über den Marxismus, dann sollte sich jeder hüten, ein solches Luftschiff zu besteigen.

Russische Sklaverei.

Auf Anregung der Schriftleitung des „Trud“, des Zentralorgans der russischen Gewerkschaften, soll demnächst für die Arbeiter und Angestellten ein besonderes Arbeitsbuch eingeführt werden, in dem alle Einzelheiten über Dauer der Arbeit in industriellen Betrieben, Höhe der Lohnbezüge, Arbeitsqualifikation, vorgelegte Verbesserungsvorschläge, Auszahlung von Prämien, Ferien, Strafen, Ursachen von Entlassungen, Ausübungen von gewerkschaftlichen Funktionen usw. eingetragen werden sollen. Nicht nur, daß das Zentralorgan der russischen Regierung für die russischen Staatsgewerkschaften eine derartige „Anregung“ geben muß, wurden die Stütztruppen mobil gemacht, um diesen Plan zu „begreifen“ und ihm zuzustimmen.

Die Regierung wird sich beeilen, diesen „Wunsch“ der russischen Arbeiter schleunigst zu erfüllen und jeden mit einem „Führungspaß“ zu versehen. Das Arbeitskommissariat hat seinen Entwurf des Steckbriefs bereits fertig, der insbesondere dem häufigen Stellenwechsel begegnen, die Freizügigkeit aufheben soll. Wer keinen „Führungspaß“ hat, wird nicht eingestellt.

Jahrzehntelang hat die deutsche Arbeiterschaft die Steckbriefe der Innungen und der sonstigen Unternehmerverbände bekämpft, bis sie endlich verschwunden waren. In Russland führt man sie ein. Das ist für die „Arbeiter“regierung des Vaterlandes der Arbeiter“ so bezeichnend, daß jede weitere kritische Bemerkung dazu überflüssig erscheint.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Der Kulturkämpfer.

Satire nach einer wahren Begebenheit von Heinz Bach.

Es waren einmal drei Bekannte. Sehr verschieden ihrem Alter nach, ihrer Wesensart und ihren Schicksalen.

Diese drei Freunde gingen spazieren, schlenderten eine breite Allee hinab. Jeder war mit sich selbst beschäftigt und in Gedanken vertieft. Nur selten fiel ein Wort.

Der eine war bald 1,90 Meter groß und bemühte sich eifrig (wahrscheinlich schon von Geburt an), ein intelligentes Gesicht zu machen. Obwohl er mittlerweile 38 Jahre alt geworden war, wäre es anmaßend, zu behaupten, daß ihm dieses gelungen sei. Der andere bemühte sich keineswegs, intelligent auszusehen, sondern legte Wert darauf, es zu sein. Hinter zwei großen Brillengläsern funkelten zwei lebenswürdige und menschliche Augen. Seine Züge waren wohlgerundet, und doch hatte ein aufmerksamer Beobachter feststellen müssen, daß diese heitere Ruhe, die von diesem Manne ausging, keineswegs die träge, fäulegehaltene und stumpfsinnige Zufriedenheit eines Durchschnittsmenschen war. Zwei feine, müde Falten, die in ihrer Härte dem Gesicht einen kontrastierenden Ausdruck verliehen, und die ergaunten Haare an der Schläfe ließen erkennen, daß diese heitere Ruhe und dieses warme menschliche Versehen erst nach harten Kämpfen und Schicksalschlägen errungen worden waren. Der Dritte war er selbst.

Es war ungefähr acht Tage vor den Wahlen. Soeben fuhr ein großes Laster vorüber, junge Burschen grüßten müde Lieder von Krieg und Morgenrot, von edler völkischer Freiheit und dem bösen Juden, der an allem Übel schuld sei. Dann tranken sie Bier und warfen die leeren Bierflaschen unter kräftigen „Heil!“ auf das Straßensplaster.

Mein Freund mit den runden Brillengläsern bemerkte satirisch: „Sehen Sie, man muß nur betrunken sein, um zu wissen, was echter deutscher Patriotismus ist.“ — „Sie irren“, erlaubte ich mir zu entgegnen, „das sind Anfänge der völkischen Erneuerung. Wir sind nur zu dumm, um das begreifen zu können. Das ist nur für Herrenmenschen aus der Tschechoslowakei.“ — „Ja“, sagte der Freund mit der runden Brille, „diese böhmischen Wörter kommen mit ein bißel spanisch vor?“ — „Wieso spanisch?“ fragte ich. — „Sie sind schwer von Begriff, mein Lieber“, erklärte Freund Brillenglas, „Ignazius von Loyola, der Gründer des Jesuitenordens, war bekanntlich Spanier.“ — Ich verstand (und der Leser wird verstehen).

Freund Intelligenzgesicht hatte bis jetzt unter Stirnrunzeln unserer kleinen Unterhaltung schweigend zugehört. Mit spontaner Heftigkeit und ehlem treudischen Penionsbezieher-Patros erklärte er: „Ihr seid überhaupt noch nicht reif dafür!“ — „Vorwärts, gib acht auf dein Monokel!“ ermahnte Freund Brillenglas. „Bitte sehr, halte deinen Mund, ich habe vier Jahre zwischen Leben und Tod gestanden.“ — „Wann lag eigentlich das Große Hauptquartier in Bad Kreuznach an der Front?“ fragte mich Freund Brillenglas. „Fragen Sie Herrn Generalstabsoffizier a. D. selbst“, entgegnete ich. Freund Intelligenzgesicht sagte auf einmal nichts mehr, und mit einer verächtlichen Handbewegung, die einen Gruß vorstellte, entfernte er sich, überquerte den Fahrdamm und begrüßte die „Keller-Deutschlands aus der Not“, die abgefliegen waren und auf der anderen Seite der Straße Flugblätter verteilten. Freund Brillenglas lächelte ironisch und sagte dann langsam: „Wissen Sie, was eine Farce ist?“

Unser Dreierband ist an diesem Abend in die Brüche gegangen.

Einige Tage nach den Wahlen besucht mich „Herr“ Intelligenzgesicht, stolz auf „sein“ Wahlergebnis, und rührt die Werbetrommel. Er kann gut reden, und viele Leute, die ihn nicht näher kennen, sind ihm auf den Leim gegangen. Ich danke der Nachfrage, und als gar sein letztes Argument vermag, da ist er sprachlos. Noch einmal macht er den Versuch, mich schwarzes Schaf weiß zu machen, und führt folgendes an: „Ich bin jetzt Sektionsführer, Kulturkämpfer, Leiter eines Kulturkampfvereins, und gerade Sie als Schriftsteller müssen“ — „wissen, was echte Kultur ist“, unterbricht er mich, „allerdings! Haut den Juden, diabolisches Herrenmenschen, zerbrochene Bierflaschen und Laufjungen stehen nicht in meinem Anschauungskreis über echte Kultur.“ — „Müssen sich unbedingt in die Scharen der Freiheitkämpfer einreihen“, fährt er mdeitert fort. Der endgültige Schlag seiner Rede klingt in die Worte an: „Ich will die Affäre von nenlich abends vergehen, wenn Sie meinen Ratsschlagen folgen. Sie müssen es eigentlich tun, wenn Sie in meinen Augen ein anständiger Kerl sein wollen.“ — Diese ganze Angelegenheit fällt mir allmählich auf die Nerven, und ziemlich groß erwidere ich: „Dann rubrizieren Sie mich in die Reihe der unanständigen Kerle!“ Eteif und formell grüßt er und geht.

Gestern habe ich Freund Brillenglas getroffen und erzähle ihm den Kulturkämpferwag. Wider Erwarten geht er nicht auf meinen leichten Pleiderton ein und sagt ganz unermittelt: „Sauerkerl!“ — „Meinen Sie mich?“ frage ich verdutzt. — „Kein“, entgegnet Freund Brillenglas, „nicht Sie, sondern unseren Freund“, der beinahe den Krieg gewonnen hätte, wenn er nicht dank seiner guten Verbindungen immer wieder den Anschluss an den jugendfröhlichen nord verlor hätte.“ Und dann erzählt mir Freund Brillenglas folgende Geschichte: „Ich habe mir ein neues Zimmer genommen und komme abends gegen 11 Uhr nach Hause. Ich gehe in mein Zimmer, bin ziemlich müde und lege mich schlafen. Ich wachte nicht, daß das Zimmer nebenan vermielet war und war sehr erstaunt, als ich von nebenan Klavierklänge und Lachen hörte. Das ist es sich ja nichts Besonderes. Aber ich wurde doch stutzig, als ich in der einen Stimm das spanische Schnarrorgan meines Nebenbarnes erkannte. Mit Entsetzen war es natürlich, daß ich bin gewiß nicht prüde, aber was nachher folgte, kann man nicht erzählen. — Am anderen Morgen stellte ich meine Witze für Rede, und hat erzählt sie mir, ein vornehmer Herr habe das Zimmer gemietet, vollkommen neu herrichten lassen, um, wie er sagt, darin zu arbeiten.“ — „Na, kurz und gut, bald wachte ich den ganzen Morgen und sah mir das Zimmer an. Sehr nett eingerichtet, alles in Gold und Rot. Der Clou der ganzen Sache war eine große Hakenkreuzfahndarte aus Seide, die als Wandbehang über dem Sopha hing. Ferner sah man überall kleine Waddes, indische Kissenkissen, umdünne Bildchen und dergleichen mehr. Wissen Sie, vor zwei Jahren war ich in Korea, als ich mich auf meiner Orientfahrt befand, mit einigen Professoren indischer Halber in einem der gewöhnlichen Häuser, genau so hat es in dem Zimmer ausgesehen. Und wenn ich bedenke, daß seine Eltern zu Hause sitzen, nichts von seinem Treiben ahnen und ihn, den erlanchten Sohn, in den Himmel heben, dann klinge ich das große Lachen an mich oder das große — Ausprechen.“

Ich wollte es meinem Freund Brillenglas erst nicht glauben, was er da erzählte, aber ich habe mich selbst überzeugen können und durfte zu Weihnachten in dem benannten goldenen Zimmer einen Weihnachtsbaum mit Hakenkreuzen, Waddes und dergleichen bewahren.

Ich bin mir glücklich, jetzt zu wissen, was echte Kultur ist, wie man für sie zu kämpfen hat, und bin mir etwas zufriedener mit mir selbst, weil ich dieses echte Herrenmenschen nicht begreifen kann.

Gestern traf ich Freund Brillenglas im Auto, und er sagte mir zu: „Sie! Er kämpft noch immer für die Kultur!“

„Ja, früher“.

So schloß der Neue stets seine Rede, wenn er in der Kantine ungefragt sein Mundwerk in die Unterhaltung der Verbandskollegen hing und sie zu provozieren trachtete.

„Ein Ekel“, sagte der alte Siebert, „dem Achtgrößelungen fraue ich nicht. Seht euch vor!“

Es gehörte wenig dazu, sich über das Wesen dieses Querulanten klarzuwerden. Aberradikal, giftschäumend, wie der blutrünstigste, auf Terror eingeschworene Bolschewik. Die Gewerkschaften samt ihren „Bonzen“ hatte er ganz besonders ins Herz geschlossen. Mit seinem „Ja, früher“ warb er für den Nationalsozialismus mit einem Geschick, wie ein Nilpferd das Weichen pflückt. Er war die „Zelle zur Durchsetzung der freien Gewerkschaften“.

„Solche bezahlte Burschen kann man nicht bekehren, die ladet man auf die Hippe“, meinte wiederholt Siebert.

Am nächsten Tag lästerte der Selbe wieder. „Ja, früher, da durfte man noch etwas verdienen, jetzt verbietet das die Gewerkschaft. Früher blieb neben dem Sattessen noch ein Spargroschen, den heute der Staat wegfrisst. Früher...“

Darauf hatte der alte Siebert gelauert. Gern wäre er dem Gesellen über das lose Maul gefahren, aber er beherrschte sich und meinte: „Du sollst recht haben. Früher war das anders. Ich brauche bloß an meine Jugend zu denken. Wir hatten immer im Überfluß zu essen. Im Winter öffnete mein Vater das Kellerfenster, brühte einen Kohlkopf und warf ihn in den Keller. Am nächsten Morgen ging er mit einem Holzschel und schlug die Hasen, die dem Kohlgewuch nachgelaufen und dabei in unserer Keller gepurzelt waren, hinter die Koffel. Zwei bis drei Hasen hatten wir jeden Sonntag in der Pfanne. Das war früher so.“

„Hier riecht es auch nach gebrühtem Kohl“, bemerkte Mar. Siebert fuhr fort: „Wann wir Wild nicht mehr mochten, holte mein Vater Vögel. Er ging auf verschneite Felder, wo Bäume standen, und wartete, bis auf ihnen die Krähen sich niedergelassen hatten. Dann nahm er ein Stück Zucker, spuckte darauf und ließ dabei langsam um den Baum herum. Die Krähen verfolgten jede Bewegung durch Drehen des Kopfes, und war mein Vater um den Baum herum, fielen sie tot vom Baum; sie hatten sich den Hals selbst abgedreht. Er lud seinen Sack voll und wir hatten wochenlang unsere Krähen im Topf, die wie junge Tauben schmeckten. Das war früher eine Kleinigkeit.“

Hatten wir am Vögel genug, holte mein Vater Fische. Er ging an den Leich, zog die Hase herunter und setzte sich mit dem nackten Hintern auf den Schlammgrund. Augenblicklich kamen die wärmeliebenden Schleie, schmiegen sich an das weisshimmernde Fleisch, mein Vater griff behutlich an den Beinen entlang und wenn er eine Schleie gefaßt hatte, warf er sie in weitem Vogen ans Ufer, wo ich stand und bloß zu tun hatte, die Schleie einzusacken. Monatslang hatten wir Schleie, und wir Kinder mochten schon gar nicht mehr Schleie in Butter fressen. So ging es uns auch mit Aalen. Alle Tage Aale kann der gesündeste Mensch nicht vertragen. Es war unglücklich, wieviel Aale mein Vater heranschleppte. Abends lag er in die Leichwiesen und freute grüne Erbsen. Am nächsten Morgen kroch er dann auf dem Bauch am Ufer entlang und suchte die Schleimpuren, die der Aal zieht, wenn er an Land geht, und auf denen er wieder zurückschwimmt. Hatte er eine Spur, so befreute er sie meterweit mit trockenem Sand, damit der Bursche nicht zurückschwimmen konnte. Hatte er ihn dann gefunden, so brach er ihm mit einem Stockschlag das Kreuz und „in in den Rucksack“. 20 bis 30 Stück, zwei bis drei Pfund schwer, brachte er allsonntäglich heim. Ja, ja, früher war eben noch was zu machen.“

Siebert schwieg und nahm einen tiefen Zug aus seiner Kaffeeflasche. Die Kollegen schmanzelten.

„Warum kann das heute nicht mehr sein?“ pläzte der Gelbe heraus. Er konnte nicht einsehen, warum in der Republik nicht genau so gewildert werden konnte, wie unter der Monarchie. Jetzt schien ihm das Stehlen doch viel erleichteter.



„Du Dämelsack, du großartiger“, sagte Siebert bedächtig, „hente rennt doch kein Hase mehr um ein bißchen Kohl in den Keller. Auch die Krähe guckt sich wegen eines Stückchens Zucker nicht mehr um. Der Schleie fällt es gar nicht mehr ein, wegen etwas Wärme das Leben ans Spiel zu legen, und der Aal rächt schon lange nicht mehr um ein paar grüne Erbsen aufs Land. Die sind eben auch in der Republik unbeschwerden geworden. Nur ihr zweibeinigen Hammel seid dajlig wie enre Vorfahren geblieben.“

„Prost!“ machte er und zog noch mal tief an seinem Kaffeetubdel.

Seitdem hatten die Kollegen vor der „Zelle“ Ruhe. Paul Haase.

Der eiserne Vogel.

Von A. Sforzkin.

Altim, Sohn des Kirgisen Sapirgaj, der beste Schütze der Steppe, schoß eines noch nie gesehenen eisernen Vogel ab. Und das kam so:

Altim ritt auf seinem sauberen Roß durch die Steppe; hinterdrein lief sein Hund Natcho. Altim ließ seinen Blick am blauen Himmel schweifen: im scharfen Dreieck zog dort Kraniche daher, schreiend fliegen sie fernem Ländern entgegen. Da gewahrte Altim droben am Himmel noch einen Vogel, der krächzend seinen Schnabel in häßlicher Richtung bewegte. Der Vogel sank immer tiefer. Es war ein Riesenvogel, größer als eine Gans, das kirgische Volk. In seinen runden Flügeln hielt der Vogel zwei Menschen. Altim hob die Flinte und schoß. Plötzlich stieß der Vogel einen langgezogenen Schrei aus. Kochender Eifer ergoß sich klaffend auf die Steppe. Krachend fiel der Vogel zur Erde nieder. Eine leuchtende Flamme verzehrte sein Gefieder, und aus dem Schnabel schwebte eine Hitze, daß es unangenehm war, sich

ihm zu nähern. Plötzlich stieß der Vogel einen scharfen, furchterlichen Schrei aus, eine Rauchsäule schoß aus seiner Brust und seine Federn flogen in alle Richtungen auseinander. — So starb der unbekante Vogel.

Altim trat näher heran und wunderte sich: des Vogels Eingeweide bestanden aus Eisen, das Herz hatte acht Endungen, während in den runden Flügeln zwei tote Menschen hingen. Altim wunderte sich, es konnten auch die anderen Kirgisen, die von ferne herkamen, um den leblosen Vogel zu sehen.

Später erschienen die Kosaken des Kosakenhauptmanns Dutow. Als sie den eisernen Vogel erblickten, fragten sie: „Woher kam der Vogel geflogen? Wer hat ihn abgeschossen?“

„Gelegnet sei Allah“, erwiderten die Kirgisen, „diesen Vogel holte der Schütze Altim, Sapirgajs Sohn, herunter!“

Die Kosaken untersuchten eingehend den Vogel und sagten: „Das ist ein unserer Flugzeuge, du aber wirst erschossen!“

Und vor den Augen des Vaters Sapirgaj — vor den Augen der Mutter Kassaina erschossen sie seinen und ihren Sohn Altim, plünderten das Wohnzelt und überließen es den Flammen. Bald war die Steppe ein Flammenmeer, das Feuer wälzte sich rasend dem Tschirfluß entgegen, hoch wogte die Flammensäule, während der Rauch wie eine schwarzweiße Wolke bis zum Himmel strich.

(Deutsch von Viktor Kalinowski.)

Der Mond und seine Mutter.

Der Mond sprach einmal zu seiner Mutter: „Die Nächte sind so kalt, mich friert, mach mir doch ein warmes Kleid!“ Sie nahm das Maß, und er lief fort. Als er aber wiederkam, war er so groß geworden, daß das Röckchen nirgends passen wollte. Da trennte die Mutter die Nächte und ließ aus; allein die Zeit währte dem Mond zu lange, und er ging wieder fort. Emsig nähte die Mutter am Kleide und sah manche Nacht auf bei Sternenschein. Der Mond kam zurück, hatte viel gelaufen und darum sehr abgenommen, war schwächlich und bleich geworden, das Kleid war ihm also viel zu weit und die Ärmel schloßerten über die Knie. Da war die Mutter böse, daß er sie so zum Narren habe, und verbot ihm, je wieder ins Haus zu kommen. Deswegen muß nun der Mond nackt und bloß am Himmel laufen, bis jemand kommt und ihm ein Röcklein kauft.

Plutarch („Gastmahl der sieben Weisen“).

Ein ordengeschmückter Strolch.

Nicht alle Strolche sind Verbrecher; es gibt auch sehr gute und edle darunter. Einer von ihnen hat sogar kürzlich eine hohe Auszeichnung erhalten, weil er ein Menschenleben gerettet hat. Ein leibhaftiger General hielt dabei eine Ansprache, worin er der mannhaften Tat volle Gerechtigkeit widerfahren ließ.

Dieser Strolch ist in der Tat ein Mann, ein Obermann nämlich, und man kann sogar sagen, er ist ein Über-Obermann. Als sein Herr, der Gastwirt Johann Robert Lohnack aus Hohenwutzen bei Bad Freienwalde, in den Fischreich gefallen war, sprang „Strolch“ ihm kurz entschlossen nach und zog ihn ans Ufer.

Diese Tat ist höchster Ehren wert. Im Tierhort des Deutschen Tiergeschützevereins wurde dieser Anerkennung würdiger Ausdruck verliehen. Strolch erhielt ein Halsband in Blau und Gelb mit dem Abzeichen des Tiergeschützevereins und einem besonderen Schild mit den eingravierten Worten „Dem Lebensretter“. Der Vorzügliche, General von Kuhlwein, hielt die Ansprache. Strolch hörte mit beschiedenem Stolz zu und bedankte sich kurz in der Sprache seiner Vorfahren. Einem Interviewer, der ihn nach der Feier ausfragte, erklärte er, daß er das kostbare Ehrenzeichen in den Lohnackischen Schreibisch einschließen und es nur bei besonderen Gelegenheiten tragen werde. Bei fäglich Verwendung würde er in Gefahr kommen, von der Familie Obermann bophottiert und von seinen sämtlichen Bräuten gemieden zu werden. Im übrigen sei er etwas gekränkt, daß man ihm auch eine gelbblaue Leine gemidmet habe. Das Zeichen der Gefangenschaft könne er nicht als Ehrenbezeugung anerkennen.

„Berl. Tagebl.“

Die Menschen.

Von Robert Götz (Willsbach).

Klagt du, die Zeiten sind so schlecht
Und ohne Hoffnungschimmer,
Nein — diese sind ja immer recht,
Die — Menschen nur sind schlimmer!
Neid, Haß und grober Eigennuß,
Sie ziehn die Seelen tief in Schmutz —
So wird kein Garten Eden,
Weil — Laten anders reden.

Solange noch der Menschenmund
Unfried und Zwietracht siffelt
Und wird zum wahren Höllenlund,
Der alle Welt vergiftet:
So lange auch, mein Bruderherz,
Weißt es ein bitterböser Scherz,
Das Wort vom lieben Frieden;
Er ist dir nicht beschieden! —

Humoristische Ecke.

Kolumbus.

Die zehnjährige Resti, die viel liest, hat in der Schule bisher noch nichts von der Entdeckung Amerikas gehört. Auf die Frage, wer Kolumbus sei, sagt sie kurzerhand: „Kolumbus — das muß ein Vogel sein, denn es heißt immer: Das Ei des Kolumbus!“

Vom Hofnarren Friedrich Laubmann.

Der Juchel wollte es, daß Laubmann einmal bei Hofe einem Edelmann vorrang. „Es verdrießt mich“, sprach dieser, „daß heutzutage jeder Narr vorangeht.“ „Nicht durchaus nicht“, antwortete jener flugs und trat hinter ihn.

Einst war Laubmann zur Hofstafel geladen. Der Kurfürst hatte an jedes Gastes Platz einen Keller mit Suppe stellen lassen, und überall lag ein Löffel dabei. Nur an Laubmanns Plaze fehlte der Löffel.

Der Kurfürst eröffnete die Tafel mit der Aufforderung: „Ein Hundsfott, wer nicht mit suppt.“ Laubmann nahm aus dem Brotkorb eine große Bratkrone, hüllte sie vorn aus und aß damit die Suppe. Nach Beendigung des Stuppenmahls erhob er sich und sagte: „Ein Hundsfott, wer seinen Löffel nicht frisst!“

Die Lügner.

Zwei Matrosen prahlten mit ihren großen Reisen. „Ich war viel weiter als du“, sagte der eine, „ich war bis am Ende der Welt; weißt du, wo die große Mauer ist!“ — „Wie schade“, sagte der andere, „daß du nicht hinter die Mauer geguckt hast. Da sag nämlich ich und angete.“